

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!

Finanzkrise, Schuldenkrise die aktuellen Erscheinungsformen der kapitalistischen Krise

Vorbemerkung

Dieser Artikel versucht die ökonomische Seite der derzeitigen Krise zu untersuchen und die tieferen Ursachen herauszuarbeiten. Die Untersuchung bewegt sich dabei weitgehend innerhalb der herrschenden Logik, nämlich der Logik des Kapitals. Das ist unvermeidlich, denn die kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten bestimmen Ursache und Verlauf, und nur mit Bezug auf sie kann die Situation beschrieben und erklärt werden.

Die politischen Folgen der Krise stehen nicht im Mittelpunkt. Leider kann praktisch gar nicht auf die politische Situation in Griechenland eingegangen werden. Hauptsächlich weil die Informationen fehlen, um die Kämpfe in Griechenland adäquat beurteilen zu können. Aber auch was hierzulande geeignete Forderungen wären (und was weniger) und wer solche aufgreifen könnte, kann im Rahmen dieses Artikel nur am Rande behandelt werden.

Es sind turbulente Zeiten. Ein „Rettungsprogramm“ jagt das andere, kaum ist eines verabschiedet, wird schon über neue und weitergehende Maßnahmen spekuliert. Dabei ist es offensichtlich, dass diese „Rettungspakete“ im besten Fall einen Zeitgewinn verschaffen, aber die Krise nicht ursächlich lösen.

Über die Rolle, die die EZB bei der Krisenbekämpfung einnehmen kann/sollte, gibt es heftige Auseinandersetzungen.

Die Regierungen von (angeblich) souveränen Staaten werden durch Kontrollgremien (Troika) praktisch entmachtet, bzw. es wird gleich ein Auswechseln der Regierungen erzwungen.



Wie kam es dazu? Eine kurze Vorgeschichte

Hier nur einige Stichworte um die Vorgeschichte ins Gedächtnis zu rufen. Grundsätzlich gilt: wir blicken auf Jahrzehnte der Deregulierung, des Shareholder-Value, der Umverteilung von Unten nach Oben, des Sozialabbaus, kurz auf Jahrzehnte einer mehr oder weniger neoliberalen Politik zurück.

Von Ende der 90er Jahre an gab es allgemein eine gute Konjunktur (Internet-Boom bzw. -Blase), besonders in den USA. Die USA hatten für drei Jahre (1998, 1999 und 2000) sogar Haushaltsüberschüsse.

2001 kam das Ende des Booms, die Blase platzte mit großen Kursverlusten an den Aktienbörsen. Kriegskosten (Afghanistan, Irak)

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

Erscheinungsformen der kapitalistischen Krise	S. 1
Unsere Jahreskonferenz	S. 11
40 Jahre Gruppe Arbeiterstimme	S. 12
Proteste in Spanien	S. 17
Der Aufruhr in Großbritannien	S. 25
Modell Ungarn	S. 28
Vor 120 Jahren geboren: Alfred Schmidt	S. 30

In eigener Sache

Wir leben in politisch bewegten Zeiten. Ein Blick in die Zukunft gibt Anlass zu großer Besorgnis. Auch die Konferenz von Durban wird nichts Durchschlagendes gegen den Klimawandel zustande bringen. Nicht nur in Frankreich werden Atommeiler weitergebaut. Die Kriegsdrohungen der USA und Israels gegen den Iran steigern sich. Es ist nur die Angst vor den weltweiten wirtschaftlichen Folgen und der drohenden strategischen Instabilität im Nahen Osten, die beide Atommächte in dieser Situation vorerst vor einem Angriffskrieg zurückschrecken läßt. Der arabische Raum ist inzwischen der Instabilität näher als einem echten demokratischen Wandel. Die imperialistischen Mächte bemühen sich nun verstärkt um den Sturz des Assad-Regimes in Syrien, das mit den Herrschenden im Iran zusammenarbeitet.

Innenpolitisch ist als einzig Positives zu vermelden, dass die Linkspartei ihren Programmparteitag erfolgreich mit einem Kompromiß abschloss, bei dem das neue Programm und ihre politische Ausrichtung den linken Kern bewahren konnten. Den verschiedenen Fraktionen war der Schreck in die Glieder gefahren wegen der Schlappe in Berlin und wegen des Absinkens in den Umfragerwerten – und das trotz Finanzkrise und der allgemeinen Ratlosigkeit bei den anderen Bundestagsparteien.

Mit den neuesten Erkenntnissen über den rechten Terror – als „Döner-Morde“ diffamiert – ist in Deutschland das Krebsgeschwür Rechtsradikalismus sichtbar geworden. Noch dauern die Ermittlungen an. Ob jemals alles auf den Tisch kommt, ist mehr als fraglich. Das zeigen die Erfahrungen mit dem sogenannten „Verfassungsschutz“ und

einer politisch abhängigen Polizei. Inzwischen ist es offensichtlich, dass die politische Prominenz mit dem Begriff „Versagen“ ablenken will. Wie weit Verniedlichung, Verdrängung oder gar Komplizenschaft eine Rolle spielen, diese Frage zu klären wird immer drängender. Bis zum Erscheinen der nächsten Nummer werden wir mehr wissen, auch, wie ernst es dem Bundestag mit einem neuen Verbotsantrag gegen die NPD ist und ob endlich etwas Ernsthaftes gegen die organisierte Ausbreitung des Neofaschismus unternommen wird. Es ist direkt bezeichnend, wie die Bundesregierung noch kurz vor Aufdeckung der rechtsradikalen Mordserie linksstehenden antifaschistischen Gruppen knüppel zwischen die Beine warf und sie mit dem Vorwurf von „Extremismusverdacht“ zu lähmen suchte. Wir drucken dazu einen / überarbeiteten / geänderten ??? / Artikel aus einer Münchner Stadtteilzeitung nach, der aufzeigt, was hinter dieser dubiosen Gewissensprüfung steckt.

Diese Nummer bringt in der Hauptsache den Bericht und die Referate von der Jahreskonferenz in Nürnberg. Manche wurden noch überarbeitet und aktualisiert. Das erste Referat hat die 40 Jahre Gruppenentwicklung Revue passieren lassen und die Schwierigkeiten, über diese langen Zeiten hinweg links organisiert zu bleiben, angesprochen. Die Ausführungen unseres britischen Freundes, die er kurz zuvor auch

einem gewerkschaftlichen Publikum zur Kenntnis brachte, geben wir in einem Artikel wieder. Ein Referent der Partei Die Linke berichtete über Zustand und Politik der Partei, wobei uns besonders interessierte, weshalb die Partei aus dem Niedergang des Kapitalismus keinen Nutzen ziehen kann, wie ja auch die übrige Linke.

Das wichtigste und schwierigste Thema der Jahreskonferenz war die „Krise des Kapitalismus“; das zeigten auch die Diskussionsbeiträge. Wir hatten das Thema als „Versuch einer Analyse“ angekündigt. Es ging vor allem darum, die tieferen Ursachen, die im kapitalistischen System selbst liegen, herauszuarbeiten.

Das anschließende Referat, das wir ebenfalls abdrucken, befaßte sich mit den jetzt schon eingetretenen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Krise am Beispiel von Spanien.

Bei der letzten Ausgabe sind uns gleich mehrere Fehler passiert: zum einen hatten wir übersehen, dass die Kopfzeile *Sommer 2011, Nr. 172* lautete, es sollte natürlich *Herbst 2011, Nr. 173* heißen. Zum anderen haben wir die letzten Zeilen auf Seite 23 abgeschnitten gehabt, hier der ganze Absatz:

„Hier ist die tatsächliche Zahl, die allein auf amtlichen Daten der Statistik der Bundesagentur für Arbeit beruht. Im Juni 2011 sind immer noch über 3,9 Millionen Menschen arbeitslos. Zeit zu handeln statt zu tricksen.“

Wir danken wieder allen Zahlern und Spendern für ihre Unterstützung. Leider müssen wir vermerken, dass der Geldeingang gerade in den Herbstmonaten stark rückläufig war. Andererseits erhöht die Post zum 1. Januar wieder mal ihre Versandpreise. Deshalb appellieren wir an alle: Schickt uns die Moneten, ohne die leider nichts geht!

Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Thomas Gradl, Bucherstr. 20, 90408 Nürnberg, Druck: Eigendruck im Selbstverlag. Verleger, Zuschriften: Thomas Gradl, Postfach 910307 90261 Nürnberg
e-Mail: redaktion@arbeiterstimme.org
www.arbeiterstimme.org

Bankverbindung: Hans Steiger, Postbank München, BLZ 700 100 80, Konto: 665924-808. Für Überweisungen aus dem Ausland: Iban: DE 85 7001 0080 0665 9248 08 BIC PBNKDEFF

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13,- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20,- € aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z.B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An

Tausch-Abos mit anderen Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.

und Steuersenkungen für die Wohlhabenden beendeten in den USA das kurze Intermezzo der Haushaltsüberschüsse. Die Notenbanken, allen voran die US-Notenbank, leiteten drastische Leitzinssenkungen zur Rezessionsbekämpfung ein.

Ab 2002 zog die Konjunktur wieder an, aber es war größtenteils ein Aufschwung auf Pump. In der Folge bildete sich die Immobilienblase in den USA, später auch in Spanien und Irland. In vielen Ländern stieg die Staatsverschuldung kontinuierlich an, teilweise gab es auch eine hohe Verschuldung der Privathaushalte.

2007 gab es die ersten Anzeichen der Immobilienkrise (Subprime-Krise), die die Finanzkrise auslöste (Herbst 2008 Pleite von Lehman Brothers). Diverse Rettungsprogramme für Banken und Konjunkturprogramme zur Überwindung der Krise schraubten die Staatsverschuldung weiter nach oben.

2009 kam es weltweit zu einer heftigen Rezession aufgrund von Steuerausfällen was wiederum allgemein zu einer weiteren Erhöhung der Staatsverschuldung führte.

2010 begann die sogenannte Euro-Krise (Griechenland) und der erste „Rettungsschirm wurde aufgespannt“. Gleichzeitig endete die Rezession und Deutschland profitierte überdurchschnittlich vom Aufschwung. Dagegen erholte sich die USA 2011 nur schwach (Arbeitslosigkeit bleibt über 9 %), auch in anderen Ländern gab es nur ein geringes Wirtschaftswachstum. Die Euro/Schuldenkrise verschärfte sich, die Bonität der USA wurde herabgestuft, die „Märkte“ befürchteten eine weitere Rezession.

Der Charakter der aktuellen Krise

Die aktuellen Krisenerscheinungen stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit der Finanzkrise 2008/2009. Der Aufschwung nach 2001 war zum großen Teil ein Aufschwung auf Pump. Es wurde versucht, die nachlassenden Wachstumskräfte in den hochentwickelten Industrieländern durch Ausdehnung des Kredits auszugleichen. Die Notenbanken sorgten durch niedrige Zinsen und durch eine entsprechend lockere Geldpolitik für die Mög-

lichkeit, die Kreditaufnahme stark auszuweiten. Ansonsten erfolgte die Ausdehnung des Kredits nicht nach einem großen Plan, sondern gemäß den partikulären Interessen der Beteiligten. Die Kreditausdehnung betraf praktisch alle Sektoren der Wirtschaft, die privaten Haushalte, die Unternehmen und den öffentlichen Sektor. Die Verteilung auf die Sektoren kann sich in den einzelnen Ländern erheblich unterscheiden, aber im Großen und Ganzen ist eine Konzentration der Verschuldung im Immobiliensektor und bei den Staaten zu erkennen. Die Verschuldung von Staaten ist selbstverständlich kein neues Phänomen, eigentlich seit den 70er Jahren ist vielerorts ein allmähliches Ansteigen der Staatsschulden zu beobachten.

Als erstes zeigte sich die Grenze der Kreditausdehnung bei den Hypotheken der Privathaushalte, vor allem in den USA. Der dortige Boom konnte nur funktionieren, solange die Immobilienpreise im Steigen waren. Das Ende dieses Preisanstiegs löste die sogenannte Subprime-Krise aus, die durch die Praxis der Verbriefung und durch den Handel mit strukturierten Wertpapieren, die sich letztlich auf

verbriefte Hypotheken bezogen, weltweit ausstrahlte.

Seit 2010 erscheint die Krise vor allem als Schuldenkrise von Staaten, während die private Verschuldung in der öffentlichen Aufmerksamkeit kaum mehr eine Rolle spielt.

Zuerst standen die Euro-Länder Portugal, Irland und insbesondere Griechenland im Fokus. Damit sind die besonderen Verhältnisse in der Euro-Zone unmittelbar in das Krisengeschehen einbezogen. Aber es ist festzuhalten: die starke Verschuldung betrifft keineswegs nur die genannten Länder oder nur die Euro-Zone, sie ist vielmehr ein allgemeines Phänomen in der entwickelten kapitalistischen Welt (siehe Tabelle). Es ist nur eine Frage der Zeit bis die Widersprüche auch in anderen Ländern krisenhaft aufbrechen.

Die Schuldenkrise ist nur zu verstehen durch einen zweiten Aspekt, nämlich einer Wachstumschwäche bzw. Rezession in den entwickelten kapitalistischen Staaten. Dieser zweite Aspekt ist der Auslöser der aktuellen Krisensituation. Durch das Ausbleiben des erhofften und für Neoliberale quasi naturgesetzlich vorausgesetzten Wirtschaftswachstums wurde die in Jahrzehnten allmählich

Daten zur Staatsverschuldung

Alle Angaben zu 2010, nur Japan 2009, Quelle Eurostat

Land	BIP in €	Schulden in €	in % BIP	Neuverschuldung	Primärsaldo
Deutschland	2.472 Mrd.	2.056 Mrd.	83,2 %	- 4,3 %	- 0,23 %
Frankreich	1.931 Mrd.	1.489 Mrd.	82,3 %	- 7,1 %	- 2,52 %
Italien	1.547 Mrd.	1.932 Mrd.	118,4 %	- 4,6 %	- 1,41 %
Großbritannien	1.700 Mrd.	1.359 Mrd.	79,9 %	- 10,3 %	- 5,73 %
Spanien	1.063 Mrd.	648 Mrd.	61 %	- 9,3 %	- 3,53 %
Irland	156 Mrd.	148 Mrd.	94,9 %	- 31,3 %	- 5,28 %
Griechenland	230 Mrd.	340 Mrd.	144,9 %	- 10,6 %	- 1,65 %*
Portugal	173 Mrd.	162 Mrd.	93,3 %	- 9,8 %	- 4,8 %
USA	10.367 Mrd.**	10.147 Mrd.***	94,3 %	- 10,5 %	- 6,4 %
Japan	3.676 Mrd.	7.132 Mrd.	192 %	- 7,9 %	?

Primärsaldo: ordentliche Staatseinnahmen ohne Vermögensveränderungen (z.B. Privatisierungen) und ohne Neuverschuldung – Staatsausgaben ohne Zinszahlungen, Angabe in % des BIP. Der Primärsaldo ist eine Größe, die eine Differenzierung in aktuelle Verschuldungsprobleme (negatives Primärsaldo) und aus der Vergangenheit stammende Schuldenprobleme (positives Primärsaldo) ermöglicht.

* Angabe beruht auf geschätzte Zahlen für 2010, da sich die Zahlen in Wirklichkeit verschlechtert haben ist auch von einer Verschlechterung des Primärsaldos auszugehen

** Das Wechselkurs Euro/Dollar haben wir mit 1:1,36 gerechnet, BIP USA in US-\$: 14.100 Mrd., Schulden 13.800 Mrd. \$. BIP Japan in US-\$: 5.000 Mrd., Schulden: 9.700 Mrd. \$

*** Das sind nur die Schulden des Bundesstaates, wenn man die Schulden der Einzelstaaten (1.100 Mrd.) und der Kommunen (1.700 Mrd.) dazurechnet, sind das 16.700 Mrd. \$, das ergibt 113,7 % des BIP

aufgebaute Verschuldung als Überschuldung aufgedeckt.

Am Beispiel Griechenlands lässt sich das gut zeigen. Die relativ hohen Wachstumsraten vor 2008 (regelmäßig über 3% manchmal über 4%) sanken im Zuge der Finanzkrise im Jahr 2008 auf 1,3% und 2009 ging die Wirtschaftsleistung um 2,3% zurück. Die Folge war, was immer die Folge von Rezessionen ist, ein Rückgang der Steuereinnahmen bei tendenziell steigenden Staatsausgaben. Durch diese Effekte stieg die Neuverschuldung in den beiden Jahren stark an, 2008 betrug sie 9,4%, 2009 15%, 2010 10,3% des Brutto Inland Produkts (BIP).

Das Finanzkapital wertete diesen Anstieg der Verschuldung auch als Anstieg seines Risikos und reagierte mit erhöhten Zinsforderungen. Während sich nach der Einführung des Euro die Zinsen für die einzelnen Staaten rasch angenähert hatten,

und etwa ab 2001 praktisch für alle Euro-Länder gleich (um ca. 4%) waren, haben sie sich mit Beginn der Finanzkrise wieder stark auseinanderentwickelt. Für Deutschland sind die Zinsen auf Staatsanleihen gesunken, für Spanien und Italien gestiegen, für Portugal und Irland stark gestiegen und für Griechenland geradezu explodiert. Der Auslöser war die objektive Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation Griechenlands. Dagegen hat das Eingeständnis der früheren Schummeleien bei den statistischen Meldungen und das Kleinrechnen der Verschuldung (bei dem das Bankhaus Goldman Sachs aktiv mitgewirkt hat) nur am Rande zur Verschärfung der Situation beigetragen. Denn die Schummeleien waren schon vorher ein offenes Geheimnis und die geringe Konkurrenzfähigkeit der griechischen Wirtschaft und die Ineffizienz des griechischen Staatsapparates kamen auch nicht

plötzlich zustande. In den Jahren davor hat das die „Märkte“ nicht daran gehindert, dem griechischen Staat zu international gesehen günstigen Konditionen Kredit zu geben. Das entsprechende Lamento muss man wohl eher als Versuch werten, eine Propagandaposition aufzubauen.

Mit Zinsen am Kapitalmarkt von deutlich über 10% und einer Gesamtverschuldung von inzwischen 150% des BIP wären die Zinsaufwendungen für die Neuverschuldung und die jährlich anfallende Refinanzierung der Altschulden im Laufe der Zeit (alte Anleihen sind ja nicht sofort betroffen) in unerträgliche Höhen gestiegen.

Es war und ist klar, dass Griechenland solche Zinsen auf Dauer nicht aus eigener Kraft aufbringen kann (ebensowenig Portugal und Irland). Es musste sich vom Kapitalmarkt verabschieden und um Hilfe nachsuchen (erster „Rettungsschirm“

Japan und/oder USA als kommende Krisenherde?

Griechenland steht im Brennpunkt der Aufmerksamkeit. Aber es ist ein kleines und für die Entwicklung des Kapitalismus letztlich nicht entscheidendes Land. Japan ist mit über 200% des BIP deutlich höher verschuldet und die Verschuldung schreitet ungebrochen voran. Bei den USA wären als Negativpunkte dazu noch die chronischen Handelsbilanzdefizite, die hohen Militärausgaben und die starke Verschuldung der Privathaushalte zu nennen. Trotzdem hat auch die jüngste Herabstufung der Bonität durch die Ratingagentur Standard & Poor's keine Flucht aus dem Dollar ausgelöst. Die US-Staatspapiere erfreuen sich weiterhin einer großen Nachfrage, die Renditen sind sogar nach der Herabstufung noch gesunken.

Bis zu einem gewissen Grad ist die Situation nicht rational, aber es gibt schon eine Reihe von Fakten die zur Erklärung herangezogen werden können.

Japan hat eine leistungsfähige Industrie, die in jeder Hinsicht konkurrenzfähig ist, es ist also eine starke wirtschaftliche Basis vorhanden. Die japanische Wirtschaft erzielt seit langem Leistungsbilanzüber-

schüsse und tätigt dementsprechend Nettokapitalexporte. Es ist also in Japan selbst genügend Geld-Kapital vorhanden, um das Staatsdefizit zu finanzieren. Folglich ist Japan zum ganz überwiegenden Teil im eigenen Lande verschuldet (nur 7% der japanischen Staatsschuld werden von Ausländern gehalten). Ein großer Anleger ist z.B. die Postbank, die die vielen bei ihr angelegten Guthaben von Klein- und Mittelsparern in Staatspapieren (75% ihrer Aktiva) investiert. Auch bei anderen Anlegern in Japan scheint noch eine gewisse „patriotische Zurückhaltung“ vorzuliegen und man begnügt sich mit den niedrigen japanischen Zinsen und zeigt Langmut mit der weiter steigenden Staatsverschuldung.

Die USA sind nach wie vor die größte Volkswirtschaft, haben eine hohe Produktivität und Innovationsfähigkeit. Sie sind politisch und militärisch die Führungsmacht im kapitalistischen Lager. Auch die simple Tatsache der mit Abstand größte Markt für Staats-Papiere zu sein, spielt eine Rolle. Der Markt an US-Schuldverschreibungen gilt als sehr liquide, d.h. es sind jederzeit auch große und sehr große

Summen handelbar. Es gibt keine Alternative. Das Kapital weiß einfach nicht wohin, wenn es sich von den USA abwenden wollte. Deshalb wird man bis zuletzt die Hoffnung hochhalten, dass das dort investierte Kapital sicher ist. Auch haben Politik und Notenbank immer signalisiert, dass sie Schocks mit allen Mitteln vermeiden wollen und gewillt sind unter allen Bedingungen genügend Liquidität als Schmiermittel für den Kapitalismus bereitzustellen. Das können sie auch, weil die USA ausschließlich in Dollar verschuldet sind und die amerikanische Notenbank für den Nachschub an Dollars sorgen kann. Formal könnte der Nachschub sogar unbegrenzt sein, aber der Dollar würde dadurch auch erheblich entwertet, was selbstverständlich Folgen hätte. Wenn die Entwertung des Dollars stärker ist, als die gezahlten Zinsen, wird das Finanzkapital reagieren. Entweder durch höhere Zinsforderungen und/oder durch eine Absetzbewegung aus dem Dollar. Kommt dann noch ein Ereignis dazu, das die Situation zuspitzt, etwa eine Rezession oder steigende Defizite wegen eines neuen Kriegsabenteuers, könnte plötzlich auch eine Massenflucht aus dem Dollar einsetzen.

im April 2010). Der europäische „Rettungsschirm“ verschaffte vorerst günstigere Zinsen (zuerst 5%, später reduziert auf 3,5%), unterwarf aber die „begünstigten“ Staaten auch der Kontrolle durch EU, EZB und IWF (Troika), die ein hartes Konsolidierungsprogramm diktierten.

In Irland ist die Vorgeschichte anders. Irland erlebte in den 80er und 90er Jahren einen langanhaltenden Wirtschaftsaufschwung, getragen hauptsächlich durch Investitionen von großen Konzernen, die in Irland Produktionsstätten aufbauten. Der Lebensstandard wurde für breite Schichten verbessert und Irland konnte gegenüber den reicheren europäischen Ländern viel Boden gut machen. Irland hatte von 1996 bis 2007 Haushaltsüberschüsse und war damit eine der wenigen Ausnahmen, nicht nur in Europa. Aber der Aufschwung wurde im Laufe der Jahre immer stärker von einem kreditfinanzierten Immobilienboom bestimmt. Es bildete sich eine eigene, im Verhältnis zur irischen Wirtschaftsleistung, gigantische Immobilienblase. Nach dem Platzen dieser Blase erlebte Irland eine tiefe Bankenkrise und stürzte in die Rezession. In dieser Situation hat der irische Staat für alle Forderungen an irische Banken eine Garantieerklärung abgegeben und alle Verluste übernommen. Irland hat dafür bis jetzt (Herbst 2011) insgesamt 64 Mrd. Euro aufgewendet und zusätzlich verschiedene Garantien für Bankverbindlichkeiten, Liquiditätshilfen, etc. und für die inzwischen gegründete Bad Bank zu insgesamt 265 Mrd. übernommen (zum Vergleich Zahlen von 2010: BIP ca. 160 Mrd. und Gesamteinnahmen des Staates 36 Mrd.). Durch diese „Sozialisierung“ der privaten Verluste explodierte in Irland das Staatsdefizit im Jahr 2010 auf 32% des BIP.

In Irland ist also definitiv nicht eine staatliche Misswirtschaft (wie das von Griechenland behauptet wird) die Ursache der Überschuldung, sondern die Übernahme der Verluste der Finanz- und Immobilienwirtschaft nach deren Exzessen durch den Staat. Er rettete damit weniger die irische Banken (von den sechs größeren irischen Banken existieren drei nicht mehr), sondern eigentlich ausländische Banken und Finanzinstitutionen, die in Irland engagiert waren. Viele kontinentale

Banken haben über Niederlassungen und spezielle Zweckgesellschaften die lockeren Aufsichtsbestimmungen in Irland für alle möglichen Spekulationsgeschäfte genutzt. Wie man hört, sind auch deutsche Banken, wie IKB, HRE und Deutsche Bank, letztere angeblich mit einem Engagement von 40 Mrd., dabei.

Irland betreibt also eine extrem kapitalfreundliche Politik. Der wirtschaftliche Erfolg in Irland beruhte darauf, Kapital durch günstige Bedingungen, z.B. niedrige Steuern, anzulocken. Diese Strategie wollten



die irischen Regierungen (auch durch den Regierungswechsel nach den Wahlen hat sich da nichts geändert) offensichtlich nicht aufgeben. Man will weiterhin ein „zuverlässiger“ Partner für das Kapital sein. Die irische Regierung hat dabei lieber die Beamtengehälter massiv gekürzt, als die Unternehmenssteuern erhöht, obwohl es dementsprechenden Druck von anderen europäischen Ländern, wie z.B. Frankreich, gab.

Die Lage in Portugal wird hier nicht näher untersucht, prinzipiell ist sie ähnlich wie in Griechenland, nur nicht ganz so dramatisch. Zu Spanien siehe den speziellen Artikel in diesem Heft. Hier nur der kurze Hinweis, dass auch in Spanien die Probleme nicht vom Staat ausgingen,

sondern vom Zusammenbruch der spanischen Immobilienblase, die im Wesentlichen von Privathaushalten und Immobilienunternehmen getragen wurde.

Die Krise hat gefährliche Ausmaße

Wie bereits erwähnt, sind die drei Länder, die bis jetzt die Hilfen des Rettungsschirms in Anspruch nehmen mussten, nur die Spitze des Eisbergs. Hohe Staatsschulden (ebenso hohe Verschuldung der privaten Haushalte und der Unternehmen) gibt es auch anderswo.

Spanien steht auf der Kippe, inzwischen auch Italien und sogar Frankreich gilt als gefährdet. Sollte das Finanzkapital nur noch zu wesentlich höheren Zinsen als in der Vergangenheit Geld zur Verfügung stellen, könnten auch andere Länder die Last bald nicht mehr tragen. Wenn für Spanien und Italien ein Zinsanstieg auf über 10% stattfinden sollte, könnten sie das nicht durchhalten. Vermutlich wäre dann auch der europäische Rettungsschirm kein Ausweg mehr. Die beteiligte Kapitalmasse wäre einfach zu groß und umgekehrt würde die Basis, auf die sich Garantien stützen könnten, immer kleiner. Sollte Italien von der aktuellen Krise unmittelbar erfasst werden (also wegen zu hoher Zinsen praktisch zahlungsunfähig werden), könnte alles ins Rutschen kommen. Die Schuldenkrise könnte der Auslöser einer großen Bankenkrise sein, diese würde eine allgemeine Kreditklemme verursachen, diese Firmenzusammenbrüche, massive Arbeitslosigkeit, Depression und so weiter. Wegen der Verflechtungen in Europa und weltweit ließe sich eine solche Krisenverschärfung praktisch nicht örtlich begrenzen. Die kapitalistische Großkrise, die alles Krisengeschehen der letzten Jahre in den Schatten stellen würde, ist eine reale Gefahr.

EU, Euro und die Krise

Die Eigenheiten der Währungsunion haben Auswirkungen auf die Lage und Handlungsmöglichkeiten der Krisenländer, andererseits ist die Euro-Zone und die EU auch als

Ganzes betroffen. Dennoch ist die aktuelle Krise eigentlich keine Krise des Euro und keine Währungskrise. Währungskrisen sind charakterisiert durch größere Abwertungen und Kapitalabflüsse. Beides ist nicht zu beobachten. Auch bei anderen Indikatoren, wie öffentlicher und privater Verschuldung und Zahlungsbilanzen, steht der Euro-Raum nicht schlechter da als andere Währungsgebiete wie Dollar, Pfund und Yen. Wohlgemerkt der Euro-Raum als Ganzes. Das Problem liegt in den starken Unterschieden zwischen den einzelnen Euro-Ländern.

Die Mitgliedschaft in der Euro-Zone bedeutet für die Länder, dass sie keine eigene Geldpolitik betreiben können. Über den Leitzins, das Geldmengenwachstum etc. wird in Frankfurt durch die EZB entschieden. Diese Entscheidungen erfolgen nicht gemäß den speziellen Interessen eines einzelnen (kleinen) Mitgliedslandes. Die Währung eines

Euro-Mitglieds kann nicht gegenüber anderen Euro-Ländern abgewertet werden, und für den Kurs gegenüber Außenwährungen, wie etwa Dollar oder Yen, ist die gesamte Euro-Zone ausschlaggebend. Der einheitlichen Geldpolitik und dem einheitlichen Wirtschaftsraum steht aber jeweils eine nationale Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik gegenüber. Die Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit der Volkswirtschaften ist nach wie vor deutlich unterschiedlich. Die Hoffnungen auf eine quasi automatische Angleichung im einheitlichen Wirtschaftsraum haben sich nicht erfüllt. Im Gegenteil, die Unterschiede haben sich eher verschärft. Insbesondere die deutsche Industrie hat von der einheitlichen Währung stark profitiert (kein Ausgleich der sinkenden Lohnstückkosten durch Abwertungen mehr). In der aktuellen Krise sind die in der Vergangenheit latenten Widersprüche aufgebrochen. Es gibt eine Polarisierung zwischen Ländern mit

Exportüberschüssen innerhalb der EU (angeführt von Deutschland plus Österreich, Niederlande, Finnland) und Ländern mit chronischen Außenhandels-Defiziten (z.B. Griechenland, Portugal, Spanien). Frankreich ist ein Beispiel für eine Zwischenposition. Dadurch werden scharfe Interessengegensätze aufgeworfen und es drängen sich neue Fragen über die Weiterentwicklung von EU und Euro-Raum auf. Unter welchen Bedingungen gibt es gegenseitige Hilfe? Soll versucht werden, das unterschiedliche Niveau durch Transfers auszugleichen und wer entscheidet darüber und legt die Bedingungen fest? Soll die europäische Integration mit Kompetenzübertragungen weiter vorangetrieben werden (Wirtschaftsregierung, EU-Finanzminister). Was ist die Rolle der EZB bei der Krisenbekämpfung? Sollte sich die Krise weiter verschärfen, stehen wahrscheinlich grundsätzliche Entscheidungen über die Art der Weiterexistenz der Euro-Zone an.

Notenbanken drucken Geld

Die Notenbanken haben im Prinzip die Möglichkeit durch schiere Geldvermehrung die Staaten zu finanzieren. Im Allgemeinen wird das als Geld drucken bezeichnet.

Im Normalfall versuchen die Notenbanken die Geldmenge im Gleichschritt mit dem Wirtschaftswachstum wachsen zu lassen. Erfolgt die Geldvermehrung schneller als die wirtschaftliche Entwicklung, wird das auf Dauer unweigerlich zu einer höheren Inflationsrate führen. Während der Finanzkrise sind viele Notenbanken zu Maßnahmen übergegangen, die diesen Schritt bedeuten oder zumindest sehr nahe kommen. Die US-Notenbank hat mit ihren Programmen des „Quantitative Easing“ und dem massiven Aufkauf von US-Staatsanleihen eindeutig diese Grenze überschritten. Die EZB behauptet bei ihrem Programm zum Aufkauf von Staatsanleihen durch Gegenmaßnahmen die gleiche Geldmenge wieder zu neutralisieren. Wie dem auch sei, solche Instrumente erlauben den Notenbanken zwar eine sehr flexible und schnelle Reaktion bei Marktturbulenzen und ermöglichen es ihnen auch Spekulationsge-

schäften etwas entgegenzusetzen. Aber wenn sie nicht die Ausnahme bleiben und ihre Wirkung nicht später wieder zurückgenommen wird, folgt ein Anstieg der Inflation.

Inflation könnte auch eine Strategie im Umgang mit dem Verschuldungsproblem sein. Die Befürworter eines solchen Weges denken an eine „gemäßigte“ Rate von etwa 5 %. Da für Schulden das Nominalprinzip gilt, würden Altschulden von Jahr zu Jahr ca. 5 % entwertet. Dieser Weg hätte den „Vorteil“ graduell und ohne Schocks abzulaufen, wenn es denn gelänge die Inflationsrate entsprechend zu steuern. Außerdem müsste sie nicht durch Parlamente etc. und nach einer offenen Diskussion beschlossen werden. Die Notenbanken können durch wenig transparente Aktionen die Weichen entsprechend stellen.

Eine inflationäre Entwicklung vermindert aber nicht nur den relativen Wert von Schulden sondern hat auch andere Folgen.

In Wirklichkeit sind die genauen Folgen sehr schwer abzuschätzen. Wer letztlich davon profitiert, wer sich einigermaßen dagegen immunisieren kann und wer dabei

Verluste hinnehmen muss ist nicht durch die Höhe der (durchschnittlichen) Inflationsrate festgelegt. Viel ist vom konkreten Kräfteverhältnis abhängig (z.B. welche Lohnerhöhungen zum Inflationsausgleich durchgesetzt werden können) und auch vom Kräfteverhältnis zwischen verschiedenen Kapitalfraktionen. Denn nicht zuletzt sind auch die Geld-Kapital-Besitzer durch eine Inflation bedroht. Deshalb gibt es (nicht nur, aber speziell in Deutschland) erheblichen Widerstand von Bürgertum und Kapital gegen eine offensichtliche Inflationspolitik.

Der Inflationsfurcht ist auch die Variante des Rettungspakets zum Opfer gefallen, die für den EFSF-Mechanismus die Möglichkeit vorgesehen hatte, direkt von der EZB mit Notenbankgeld versorgt zu werden. Diese Möglichkeit hätte dem EFSF ohne Zweifel wesentlich mehr Schlagkraft verliehen und ihn in die Lage versetzt auch massive Spekulationen z.B. gegen Italien abzuwehren. Allerdings mit der Gefahr einer Inflationserhöhung, wenn die „Abschreckung“ allein nicht ausreicht sondern die Mittel wirklich in großen Maßstab eingesetzt werden müssen.

Die Auseinandersetzungen sind bei weitem noch nicht beendet, aber es zeichnet sich ein deutliches Übergewicht der deutschen Position ab, die den anderen Ländern aufgedrängt wird. Aber eine Verallgemeinerung des deutschen Weges ist gar nicht möglich.

Denn es können logischerweise nicht alle Länder Export-überschüsse erzielen. Was fehlt ist ein realistische Konzept, das über eine rigide Sparpolitik hinausgeht und Ländern wie Griechenland eine Perspektive gibt, statt durch Abwürgen der Binnenwirtschaft die Krise noch weiter zu vertiefen.

Gelegentlich ist zwar, auch in EU-Regierungskreisen, von der Notwendigkeit eines „Marshall-plans“ für die Problemländer die Rede, aber konkrete Taten in diese Richtung sind praktisch keine zu sehen.

Die EU war in der Vergangenheit in gewisser Weise eine Schönwetterveranstaltung. Jetzt nagt die Krise auch am Kern, der die EU bisher stabilisiert und deren Attraktivität ausgemacht hat, dem ökonomischen Nutzen für alle Mitglieder.

(Diese Bemerkungen können die Problematik nur kurz anreißen. EU und Euro wären eigentlich Stoff für einen eigenen ausführlichen Artikel.)

Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals als tiefere Ursache

Der Hauptgrund für die Krise ist, wie für alle kapitalistischen Krisen, die Überakkumulation an Kapital (für Marxisten keine überraschende Feststellung) und die Schwierigkeiten das angehäuften Kapital weiterhin zu verwerten. Der Teil der Profite, der sofort wieder in die Produktion investiert wird, wurde tendenziell kleiner. Der andere Teil der Profite verblieb in der

Finanzsphäre. Ausdruck dafür ist der stark anwachsende Anteil der Finanzbranche in den letzten beiden Jahrzehnten.

Durch die neoliberale Offensive wurde, nicht ohne einen gewissen Erfolg, versucht, die Ausbeutung zu



verschärfen und mehr Mehrwert pro Arbeitszeiteinheit herauszupressen. So sollte dem tendenziellen Fall der Profitrate etwas entgegengesetzt werden. Aber der Kapitalismus erstickt dabei an seinem eigenen Erfolg. Je mehr Kapital akkumuliert wird, desto mehr muss dann in der darauffolgenden Periode einer Verwertung zugeführt werden.

Eine Lösung innerhalb des Kapitalismus kann deshalb letztlich nur darin bestehen, dass das gleichsam überschüssige Kapital vernichtet wird und sich ein neues Gleichgewicht zwischen der vorhandenen Kapitalmasse und der möglichen Mehrwertproduktion herausbildet. Der Schuldenschnitt für Griechenland, der in den EU-Beschlüssen vom 26.10. angekündigt wurde, bedeutet zwar eine Kapitalvernichtung, bzw. die Bilanzierung der real schon stattgefundenen Kapitalvernichtung, ist aber von der Größenordnung bei weitem nicht ausreichend, um das oben erwähnte Gleichgewicht wieder herzustellen.

Die Kreditausdehnung ist und war der Versuch dieser Problematik zu entkommen. Hohe und gelegentlich auch zu hohe (Staats-)Schulden sind nicht einfach ein Versagen, sondern auch eine gewisse Notwendigkeit in der jetzigen Phase der kapitalistischen Entwicklung.

Notwendigkeit und Grenzen der Staatsverschuldung

Dafür gibt es zwei Gründe. Für das Finanzkapital beutet die Staatsverschuldung zuerst einmal, dass riesige Massen an Geld-Kapital hier

eine Anlagemöglichkeit und Verzinsung finden. (Siehe Tabelle S. 3) Man muss sich immer bewusst sein, dass diesen Schulden die gleiche Menge an Vermögen, größtenteils in privater Hand, gegenübersteht. Die verschuldeten Staaten haben aus der Sicht der Vermögensbesitzer dafür zu sorgen, dass pünktlich die Zinsen bezahlt

werden und das Vermögen als solches nicht entwertet wird. Wenn das Geld für die Zahlung der Zinsen knapp wird, muss der Staat eben bei anderen Ausgaben kürzen. Die Zinsen auf Staatstitel sind zwar außerhalb von Krisen nicht besonders hoch, aber die Kapitalmassen finden einfach nicht genügend profitablere Anlagemöglichkeiten.

Der zweite Grund besteht in der Erzeugung von Nachfrage. Was immer die Staaten mit dem geliehenen Geld im Einzelnen machen, sie geben es aus und schaffen direkt und indirekt Nachfrage und drehen damit am Schwungrad der wirtschaftlichen Entwicklung. Durch die Staatsverschuldung wird Finanzkapital wieder in den realen Wirtschaftskreislauf der Produkte und Dienstleistungen eingeschleust. Aufgabe der Staatsverschuldung ist es damit, die Prosperität des Kapitalismus aufrechtzuerhalten, wenn die Wachstumskräfte erlahmen.

Diese Spielart des Keynesianismus muss an eine Grenze stoßen, wenn die beiden für das Kapital elementaren und unerlässlichen Bedingungen nämlich erstens durch immer weitere Ausdehnung die Wirtschaft anzukurbeln und zweitens verlässlich Zinsen zu zahlen **gleichzeitig** nicht mehr erfüllt werden können. Es ist nicht möglich exakt zu bestimmen wo genau diese Grenze liegt. Das

Überschreiten der Grenze wird erst im Auf und Ab von Konjunktur und Rezession erkennbar. Ähnlich wie bei der Industrie erst im kapitalistischen Abschwung die Überkapazitäten sichtbar werden, wird die Überschuldung von Staaten sichtbar, wenn sich die Wachstumshoffnungen und damit die Basis auf „normale“ Weise, durch mit dem Wirtschaftswachstum ansteigende Steuereinnahmen, die Zinsen zu bedienen, zerschlagen haben.

Ist diese Situation eingetreten, entbrennt der Verteilungskampf wer letztlich bezahlen muss. Die typische Lösungsvorstellung der Kapitalisten ist Sparen – im Allgemeinen, aber besonders bei den Löhnen, Sozialausgaben, etc. Aber dieser Weg ist sogar aus kapitalistischer Sicht widersprüchlich. Denn ein harter Sparkurs wird, wie das Beispiel Griechenland zeigt, die Konjunktur noch weiter abwürgen und damit die Krise weiter verschärfen.

Für den Kapitalismus wäre in der jetzigen Situation eigentlich beides gleichzeitig notwendig, hartes Sparen und expansive Staatsausgaben. Selbstverständlich ist beides gleichzeitig unmöglich und

eine Entscheidung in die eine oder andere Richtung unvermeidlich. Die USA scheinen zur Zeit mehr auf die Expansion zu setzen, Deutschland mehr auf das Sparen.



Eine Lösung der Schuldenkrise bedeutet für das Finanzkapital nicht ein Ende der staatlichen Schuldenaufnahme oder die Rückzahlung der Schulden. Wie schon gesagt, aus Sicht des Kapitals muss vor allem die Zinszahlung gewährleistet werden. Um dieses Ziel langfristig abzusichern, darf die Verschuldung die Zahlungsfähigkeit nicht übersteigen. Deshalb die Forderung die Dynamik der Verschuldung zu brechen. Das heißt die Verschuldung gemessen in Prozent des BIP sollte nicht mehr weiter zunehmen. Noch besser wäre es, wenn sie tendenziell sinken würde. Die Schulden brauchen dabei aber nicht absolut zurückgehen. Der Idealfall wäre ein kräftiges Wirtschaftswachstum mit einer jährlichen Neuverschuldung geringer als dieses Wachstum. Diese Konstellation ließe die Prozentzahl der Schulden (und damit auch der Zinszahlungen) am Anteil des BIP allmählich sinken und böte doch steigende Anlagemöglichkeiten für das Finanzkapital. Der Haken dabei, die Krise gibt es ja gerade deshalb weil diese Konstellation in der Realität nicht aufrecht erhalten werden konnte.

Spekulation

Die Instrumente der „modernen“ Finanzwelt, wie etwa Leerverkäufe* oder die berühmt-berüchtigten CDS**, erlauben es, auch bei sinkenden Kursen Gewinne zu machen. Die Anleger schließen dabei in gewissem Sinne Wetten auf das Eintreten bestimmter Ereignisse ab – also z.B. fallender Kurse egal ob von Währungen, Aktien, Anleihen, Rohstoffen etc. – und gewinnen beim Eintreten dieses Ereignisses. Allerdings muss man dabei jeweils einen Kontrahenten finden, der auf das genaue Gegenteil, also bei diesem Beispiel auf steigende Kurse wettet. Beim Nicht-Eintreten des Ereignisses können heftige Verluste entstehen. Gegen solche Verluste kann man sich dann wieder mit anderen Geschäften absichern. Auch mit einem drohenden bzw. realen Zahlungsausfall kann man mittels CDS Profite machen. CDS werden keineswegs nur für eine direkte

Absicherung von Krediten und Anleihen abgeschlossen. Es gibt einen ausgeprägten Sekundärmarkt mit langen und verzweigten Handelsketten. Da die CDS praktisch nur außerbörslich gehandelt werden, weiß letztlich niemand genau, vermutlich auch die Aufsichtsbehörden nicht, wer im Ernstfall wirklich an wen bezahlen muss. Dieser Umstand stellt ein erhebliches Risiko für das Finanzsystem dar, denn die komplizierten finanziellen Vernetzungen mit Absicherungen nach allen Seiten, könnten in der Krise zusammenbrechen wie Kartenhäuser.

Es gibt Mitspieler im Finanz-Casino, die sich auf Baisse-Spekulationen spezialisieren und durch entsprechende Finanzoperationen bewusst austesten auf welchem Niveau die niedrigsten Kurse, die höchsten Zinsen etc. liegen könnten. Bei der aktuellen Schuldenkrise kann das z.B. bedeuten, die Spekulation testet aus, ab welchem Zinsniveau für Staatsanleihen die

anderen Euro-Staaten mit Rettungspaketen eingreifen. Die sprunghaften Veränderungen vieler Kurse in Zeiten der Krise werden durch solche spekulativen Wetten mitverursacht. Durch Spekulation ausgelöste Kurseinbrüche beeinflussen wiederum andere Marktteilnehmer und es tritt ein sich selbst verstärkender Effekt ein. Spekulationen schaffen Fakten und „zwingen“ Staaten und Regierungen zum Handeln.

Allerdings ist in der Öffentlichkeit normalerweise im Einzelnen nicht bekannt, wer, in welchen Größenordnungen, sich an solchen Geschäften beteiligt (und wer auf was wettet). Die wahren Auswirkungen der Spekulation sind deshalb schwer einzuschätzen.

*Leerverkauf

Verkauf eines Wertpapiers, das der Verkäufer zum Zeitpunkt des Verkaufs nicht besitzt. Der Verkäufer spekuliert darauf, es erst zu einem späteren Zeitpunkt, wenn

Die Zahlungsfähigkeit ließe sich auch durch Erhöhung der Einnahmen, sprich Steuern, verbessern. Hier gäbe es, sogar aus der Sicht einiger bürgerlicher Ökonomen, Spielraum bei den Vermögenden. Dieser Spielraum ist nicht nur darin begründet, dass dort viel Geld vorhanden ist, sondern auch durch die Tatsache, dass damit (Anlage suchendes) Geld-Kapital über den Staat in den Konsum eingeschleust würde, also etwas gegen die Ursache der Krise unternommen würde. Selbstverständlich müssten die diversen Möglichkeiten der Steuervermeidung und Steuerflucht dann energisch bekämpft werden. Diesem Weg stehen (bis jetzt) die Machtverhältnisse entgegen, er wäre eine totale Kehrtwende gegenüber Praxis der letzten Jahrzehnte.

Ein Schuldenschnitt ist aus Sicht des Kapitals eine Art Enteignung. Deshalb kann/darf er im Kapitalismus nur das letzte Mittel sein. Er kommt dann in Frage, wenn das Geld bereits offensichtlich verloren ist, und die Hoffnung auf eine ordentliche Zinsbedienung und Rückzahlung allgemein als Illusion eingeschätzt wird. Für Griechenland war dieser

Punkt erreicht und deshalb haben die Regierungen, die Banken und auch der IWF den „freiwilligen“ Schuldenschnitt von (angestrebt) 50% akzeptiert.

Die Gegenkräfte sind noch schwach

Der politische Stärke von Linken und besonders von Marxisten hierzulande und in vielen anderen Ländern ist gering. Es gelingt nicht wirklichen Einfluss auf die Art der Krisenbekämpfung zu nehmen. Die diversen Maßnahmen, die in der Öffentlichkeit zum Teil heftig diskutiert werden, wie Euro-Bonds, die Rolle der EZB, das „Hebeln“ des EFSF oder der von den fünf „Wirtschaftsweisen“ vorgeschlagene Schuldentilgungsfond, werden fast allein aus der Sicht der herrschenden Klasse und ihren in Einzelfragen durchaus divergierenden Interessen beurteilt. Es gibt zur Zeit keine oppositionelle Bewegung oder Kraft, die sich wirksam einmischen könnte. Das macht die Diskussion über Vor- und Nachteile konkreter Schritte schwer bis unmöglich. Erfolg oder Misserfolg, Wir-

die Kurse unter den Verkaufspreis gefallen sind, zu erwerben und an den Käufer weiterzugeben. Dieser spätere Zeitpunkt muss nicht, kann aber sehr kurz bemessen sein z.B. nur Stunden bis Minuten.

Bei einem gedeckten Leerverkauf hat der Verkäufer das Wertpapier geliehen oder zumindest Vorsorge getroffen, es jederzeit leihen zu können. In diesem Fall muss er das Wertpapier spätestens dann erwerben, wenn die Leihgabe zurückgegeben werden muss.

Bei einem ungedeckten Leerverkauf hat der Verkäufer das Wertpapier auch nicht geliehen. Wenn Leerverkäufe massiv eingesetzt werden, bewirken sie durch das erhöhte (Pseudo-) Angebot erst die Kursverluste, die die Profite der Leerverkäufer ermöglichen.

****CDS, Credit Default Swap, Kreditausfallversicherung**

Derivat zur Absicherung der Ausfallrisiken von Krediten, An-

leihen etc. Der Käufer eines CDS zahlt dem Verkäufer eine Prämie. Wird der dem Derivat unterlegte Wert (Kredit oder Anleihe) von einem Zahlungsausfall betroffen, erhält der Käufer des CDS vom Verkäufer die im CDS vereinbarte Entschädigung. Die Höhe der Prämie bemisst sich nach dem Risiko, mit dem ein Zahlungsausfall zu erwarten ist.

Charakteristisch für CDS ist, dass sie sich weitgehend von diesem ursprünglichen Modell gelöst haben. Der Käufer muss gar keinen Kredit oder eine Anleihe halten für die er CDS erwirbt (ungedekte CDS). Es gibt einen ausgeprägten Sekundärmarkt auf dem CDS ähnlich wie Aktien, also mit ständigen Kursbewegungen, gehandelt werden. Die Teilnehmer an diesen Märkten spekulieren auf diese Kurse. CDS sind zu einer eigenen Anlageklasse geworden.

Anzeigen

August Thalheimer: Einführung in den dialektischen Materialismus



Vorträge für chinesische Studenten der Sun-Yat-Sen-Universität in Moskau 1927, mit den Vorworten zur deutschen Ausgabe, Wien-Berlin 1928, und zur amerikanischen, New York 1936.

Nachdruck 190 Seiten, Klebebindung. 5,- €.

Der Faschismus in Deutschland

Analysen und Berichte der KPD-Opposition 1928 bis 1933 (aus „Gegen den Strom“). Herausgegeben und eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik, Frankfurt/M.

2. erweiterte Auflage 1981 mit zwei neuen Kapiteln, 296 Seiten, Klebebindung. 8,- €.



kungen und Nebenwirkungen sind immer wesentlich von den konkreten Umständen ihrer Durchführung abhängig. So ist es eben ein Unterschied, ob die Möglichkeiten der EZB bei der Krisenbekämpfung im Sinne des Kapitals bzw. einer Kapitalfraktion eingesetzt werden, oder ob dabei die Interessen der Bevölkerung ausschlaggebend sind. Eine gewisse Inflation könnte z.B. durch Lohn und Rentenanpassungen abgefedert werden. Aber eben nur könnte. Zur Zeit sieht es nicht danach aus, als ob die Bereitschaft für ein solches Vorgehen vorhanden wäre. Sogar bei einem Schuldenschnitt besteht die Gefahr, dass unter den herrschenden Bedingungen die konkrete Ausgestaltung durch das Kapital bestimmt wird und eine Entlastung der Bevölkerung von den Krisenfolgen gerade **nicht** das Ziel der Übung ist.

Natürlich unterstützen Marxisten alles was der Abwehr der Krisenlasten dient. In Deutschland beinhaltet das auch Forderungen nach höherer Kaufkraft, mehr Orientierung auf den Binnenkonsum und Kritik am Export-Fetischismus. Selbstverständlich treten Marxisten für eine höhere Besteuerung der Vermögenden ein und unterstützen eine stärkere Regulierung der Finanzbranche. Sie sind solidarisch mit den Kämpfen in anderen Ländern und treten der Spaltung der arbeitenden Klassen nach Nationalismen entgegen.

Gleichzeitig müssen Marxisten auch immer auf die Begrenztheit und eventuell auch Widersprüchlichkeit solcher Forderungen hinweisen. Das ist sicher eine Gratwanderung, aber es ist die gegenwärtige Aufgabe von Marxisten. Es gibt keinen einfachen Ausweg aus der Krise. Es muss früher oder später zur Kapitalvernichtung in gigantischem Ausmaß kommen. Die Unlösbarkeit der Krise im Kapitalismus muss von Marxisten klar herausgestellt werden und alle Illusionen müssen vermieden bzw. kritisiert werden.

Endet die neoliberale Epoche in der großen Krise?

Zum Zeitpunkt der Endredaktion dieses Artikels ist noch nicht erkennbar, wie sich die Situation nach

dem „Rettungspaket“ vom 26.10.2011¹ der Auswechslung der griechischen und italienischen Regierungen und der neugewählten spanischen Regierung weiterentwickeln wird. Steht in nächster Zukunft eine, wenigstens vorübergehende, Beruhigung oder eine weitere Verschärfung der Krise bevor?

Trotzdem der Versuch eines Fazit:

Nach Jahrzehnten neoliberaler Politik ist festzustellen, dass genau das eingetroffen ist, was die Kritiker des Neoliberalismus erwartet haben. Der entfesselte Kapitalismus hat nicht den Wohlstand der Mehrheit, oder gar aller, erhöht, er hat nur den Reichtum der Reichen vermehrt. Laut der amerikanischen Behörde für Volkszählung war z.B. das letzte Jahrzehnt für die Entwicklung des Wohlstands ein verlorenes. Die Quote der Armut ist gestiegen und auch der Mittelstand, die sogenannten „Leistungsträger der Gesellschaft“, die den Neoliberalen angeblich am Herzen liegen, hat Einkommensverluste hinnehmen müssen. Ähnliche Studien gibt es auch für andere Länder einschließlich Deutschland.

Aber sogar aus der Sicht des Kapitals ist die Entwicklung keine reine Erfolgsstory. Die Kapitalakkumulation, sprich die Wachstumsraten der Wirtschaft, entwickelt sich weitgehend nicht im gewünschten Bereich. Vermeintliche Wachstumsfelder stellen sich nach einiger Zeit als Blasenbildungen heraus und verursachen Verluste statt Wertzuwachs. Versuche auszuweichen stellen sich als Sackgassen heraus. Insbesondere zeigt sich, dass der Versuch über eine starke Ausweitung des Kredits, sei es nun an staatliche oder private Schuldner, die Prosperität des Kapitalismus aufrecht zu erhalten an eine immer offensichtlichere Grenze stößt.

Die völlig deregulierten Kapitalmärkte leisten nicht mehr, was nach Lehrbuch ihre Stärke sein sollte, nämlich die effiziente Allokation von Kapital. Offensichtliches Marktversagen, sei es durch Mitschwimmen bei Blasenbildungen oder durch Verdrängen von Risiken, wird immer häufiger und betrifft vor allem immer riesigere Kapitalmassen.

Das neoliberale Zeitalter hat keinen ständig prosperierenden Kapitalismus hervorgebracht. Im Gegenteil, die Krisen nähern sich immer mehr den Zentren des Kapitalismus. Trotz ideologischer Auflockerung in einigen Medien, die herrschenden Klassen setzen noch immer auf den Neoliberalismus. Die Spar- und „Reformprogramme“, die jetzt freiwillig oder aufgezwungen von den Regierungen durchgezogen werden, entspringen genau dem neoliberalen Geist, der schon seit Jahren propagiert wird und offensichtlich nicht geeignet ist, Krisen zu verhindern. Das Krisenmanagement wird immer hektischer und am Horizont zeichnet sich als realistische Gefahr eine Superkrise ab. Die Möglichkeit einer alles erschütternde Großkrise kann auch von den Apologeten des Kapitalismus nicht mehr geleugnet werden.

Fazit: Der Kapitalismus in seiner jetzigen Verfassung ist angeschlagen, die Folgen sind noch offen.

Peltier wird gequält



Der ehemalige Aktivist des American Indian Movement (AIM) und politische Gefangene der USA Leonard Peltier muss ein halbes Jahr in Isolationshaft verbringen. Das teilte sein Anwalt mit. Das bedeutet für den 66-jährigen und gesundheitlich schwer angeschlagenen Peltier die Unterbringung in einer 1,80 Meter mal 2,40 Meter kleinen Stahlbetonzelle ohne Fenster, ohne Wasser und mit minimaler Frischluftzufuhr. Grund für die Foltermaßnahme ist angeblich ein Geldschein, den Peltier in die Haft geschickt bekam und den er unerlaubterweise weitergesendet habe. Bei einer Zellen-durchsuchung soll außerdem ein unerlaubt angebrachtes Stromkabel gefunden worden sein.

Aus: UZ vom 29. 7. 2011



Unsere Jahreskonferenz

Wir konnten heuer ein Jubiläum feiern. Vor 40 Jahren wurde die Gruppe Arbeiterstimme in Frankfurt gegründet. Dem trug dann natürlich auch die Gestaltung der diesjährigen Jahreskonferenz Rechnung. Am Samstagvormittag befassten wir uns diesmal nur mit uns selber, besser gesagt mit unserer Geschichte. Hans Steiger, Gründungsmitglied und am Ent- und Bestehen der Gruppe maßgeblich beteiligt, hielt ein Referat über „40 Jahre Gruppe Arbeiterstimme im Wandel der Zeit“. Er berichtete von den Bedingungen, die zur Gründung der Gruppe geführt hatten, von den vielen Auf- und Abs, von Erfolgen und Rückschlägen und der Beharrlichkeit, mit der die Genossinnen und Genossen in den 40 Jahren in der Gruppe, bei der Zeitungserstellung und -gestaltung und an den vielen Konferenzen mitgearbeitet haben. Viele der alten Genossinnen und Genossen sind schon gestorben und es ist nicht übertrieben, davon zu sprechen, dass mit ihnen auch ein Stück Arbeiterbewegung gestorben ist, denn alle hatten ihre Spuren hinterlassen und mit ihrem Tun die Politik der Gruppe Arbeiterstimme geprägt – und nicht nur diese. Mit diesem Referat und der Aussprache über die 40 Jahre Gruppengeschichte ließen wir es dann allerdings mit der Befassung mit uns selbst auch genug sein und wandten uns den aktuellen welt- und innenpolitischen Ereignissen zu, über die wir auf unserer Jahreskonferenz diskutieren wollten.

Als Tagesordnung waren folgende Themen vorgeschlagen worden:

Samstag

Zum 40jährigen Bestehen der Gruppe Arbeiterstimme

Die Krise des Kapitalismus erschüttert die Welt: Versuch einer Analyse

Auswirkungen der Krise am Beispiel Spaniens

Warum kann die Linke aus der kapitalistischen Krise keinen Nutzen ziehen?

Sonntag

Aussprache und Diskussion zur innenpolitischen Situation

Zur Lage in Großbritannien

Wir widmeten uns diesen Fragen wie immer mit Referaten, die Genossen erarbeitet hatten, und nachfolgenden Diskussionen.

Für unser letztes Referat am Samstag hatten wir eine Zusage von Professor Anton Latzo bekommen, der sich der Frage stellen sollte. Leider musste Genosse Latzo relativ kurzfristig absagen und hatte uns an seiner statt den Genossen Jochen Traut vermittelt, der sich der Frage annehmen sollte.

Im Laufe der Tagung stellte sich heraus, dass der Themenkomplex Krise weit mehr Zeit einnahm als geplant. Aus diesem Grund blieb nur relativ wenig Zeit für eine tiefer schürfende Diskussion des letzten Themas mit dem Genossen von der Linkspartei, der am selben Abend noch zurück musste. Wir bedanken uns an dieser Stelle noch einmal, dass er so spontan eingesprungen ist. Die Thesen von Jochen liegen uns nicht in schriftlicher Form vor.

Im folgenden werden die Hauptgründe, warum die Linke in Deutschland – und hier ist nicht nur die Partei Die Linke gemeint – keinen Nutzen ziehen kann, zusammengefasst:

- *der in Deutschland besonders stark verankerte Antikommunismus,*
- *trotz zunehmender Verarmung ist der Lebensstandard der breiten Massen und auch der unteren Schichten immer noch auf einem relativ hohen Niveau*
- *die linken Kräfte in den Gewerkschaften werden immer weniger, dafür nimmt auch hier die Anzahl der Karrieristen zu*
- *DIE LINKE in der Regierungsverantwortung, z.B. in Berlin, hat keine linke Politik gemacht (Charité, Wasserprivatisierung usw.)*

Die anderen Referate der Jahreskonferenz werden wie immer in

leicht abgeänderter Form im Anschluss abgedruckt.

Die Diskussionen fanden in solidarischer und konstruktiver Atmosphäre statt.

Als eine praktische Form der internationalen Solidarität führten wir auch dieses Jahr wieder eine Sammlung für Kuba durch, die 620 Euro ergab. Wir unterstützen damit wieder die österreichische Aktion „Ein Container für Kuba“.

Am Sonntag änderten wir die Tagesordnung ab und widmeten uns ausführlich der Lage in Großbritannien. Die Aussprache zur innenpolitischen Lage war schon in den Diskussionen am Samstag immer wieder mit eingeflossen.

Das Referat zur Lage auf der Insel hielt, wie schon seit vielen Jahren, unser englischer Freund und Genosse M.J. Er gab uns zuerst einen Bericht über die Ursachen seiner Einschätzung der „Riots“ im Sommer; anschließend sprach er über die wirtschaftliche und gesellschaftliche Lage im Land.

Wie schon seit vielen Jahren üblich, fand die Jahreskonferenz der *Gruppe Arbeiterstimme* auch heuer wieder im Nachbarschaftshaus in Nürnberg statt, und zwar am 16. und 17. Oktober. An beiden Tagen nahmen insgesamt 20 Teilnehmer an der Konferenz teil. Darunter waren, neben Mitgliedern und Sympathisanten der Gruppe, befreundete Genossen aus Österreich und Großbritannien, ein Mitglied der „Gruppe Arbeiterpolitik“ und zwei Mitglieder der Gruppe „International“ aus Dorfen.

Die Konferenz hat wieder einmal dazu beigetragen, den Gruppenstandpunkt zu vereinheitlichen und die Unterschiede zu anderen linken Gruppierungen und Parteien zu verdeutlichen. Auch, indem sie die Vereinzelung der Genossen vor Ort zumindest für das Wochenende aufhob, leistete sie einen Beitrag, die Motivation zur Weiterarbeit zu stärken.

In diesem Sinn können wir – was die Gruppe selbst angeht – zuversichtlich in die nächsten 40 Jahre starten.

40 Jahre Gruppe Arbeiterstimme



Genossinnen und Genossen der Gründungsversammlung

Normalerweise sind 40 Jahre eine lange Zeit und eigentlich Grund zum Feiern. Bei einer politischen Gruppe, die sich bestimmte Ziele gesetzt hatte, ist das jedoch etwas Zwiespältiges. Einerseits ist es schon bedeutsam, so lange durchgehalten zu haben, über alle Zeitereignisse hinweg – zuerst mit Hoffnungen und dann mit schweren Enttäuschungen. Da liegen tausende Stunden Arbeit hinter manchem von uns, oft endlose Diskussionen, Streit und Demonstrationen. Wenn andere ihrem Vergnügen nachgingen, stand für uns die Aufgabe, uns zu informieren, Papiere zu studieren und Analysen zu erstellen. So kamen in den vier Jahrzehnten auch über 160 Ausgaben der Arbeiterstimme zustande. Sie mussten auch immer wieder gestaltet, verschickt und verkauft werden; nicht eine Nummer ist ausgefallen. Auf der anderen Seite waren die Verhältnisse nicht so, dass wir die gestellten Ziele annähernd erreichen konnten, im Gegenteil. Wir konnten so unsere Kleinheit und die Schwächen nicht überwinden. Eine ganze Generation von Mitgliedern ist in dieser Zeitspanne verstorben. Unser Wirken sollte ja auch dahin führen, die Voraussetzungen zu schaffen, um in etwas Größerem, Gemeinsamen aufzugehen – eben, uns als Gruppe überflüssig zu machen.

Zum Werdegang selbst: Im Mai 1971 erschien die erste Ausga-

be der *Arbeiterstimme*. Ende des Jahres 1971 entstand die Gruppe Arbeiterstimme auf der Gründungsversammlung in Frankfurt, bei der sich 19 Genossinnen und Genossen zusammenfanden, das waren etwa zwei Drittel der in Frage kommenden künftigen Mitstreiter. Es ging darum, verschiedene Zirkel zu vereinen, ein Statut auszuarbeiten und unserer neu zu gründenden Gruppe und Zeitung Namen und Inhalt zu geben. Bei den Teilnehmern handelte es sich um die Genossinnen und Genossen der Gruppe Arbeiterpolitik Nürnberg und um den Kreis älterer KPO- und Arpo-Genossen um *Unser Weg* (Redakteur Hermann Jahn) und uns sonst politisch Nahestehende. Mit dabei waren auch die ersten Opponenten der Bremer Arpo-Gruppe um Schorse Stockmann. Ich hatte vorher die Fäden brieflich und telefonisch gezogen und so konnten wir uns der Unterstützung einiger Nichtanwesender sicher sein, was dann auch finanziell von Bedeutung war. Als Sitz der Redaktion und der Gruppenleitung wurde Nürnberg bestimmt. Hans Kunz zeichnete für das Impressum der Zeitung verantwortlich. Unter anderem waren anwesend: Junggewerkschafter aus Nürnberg, Hans Brechenmacher aus der Schweiz (KPO), Isi Abusch, Udo Winkel und Alfred Schmidt aus Frankfurt mit seinen 80 Jahren. Im Laufe der Zeit bestand die Redaktion in Nürnberg aus sechs bis sieben Mitgliedern, die

im „Parteilokal“, der Wohnung von Hans Kunz, der auch die Gruppenadresse stellte, in der Peterstraße zusammenkamen, wöchentlich. Ich traf Hans Kunz fast jeden zweiten Tag. Die älteren Gründungsmitglieder der *Arsti* waren zuvor langjährige Mitglieder der *Arbeiterpolitik*, zum Teil auch der KPO, gewesen. Sie waren enttäuscht von der Gruppenleitung, manche waren inaktiv geworden, oft auch, weil sie nicht gebraucht wurden, was man ihnen in der Ära Günter Kuhlmann auch zu verstehen gab. Auf Interventionen und Briefe in der Arpo gab es selten eine Antwort, zu diskutieren war man nicht bereit, vielleicht auch arbeitsmäßig überfordert. Die Behandlung von Alfred Schmidt war nicht nur unzulänglich, sondern auch würdelos. Es war ja auch eine Tatsache, dass viele von den Altgenossen in der Weimarer Zeit und der Nazi-Zeit schwere Schicksalsschläge hinnehmen mussten und auch politisch enttäuscht wurden. Dickköpfigkeit und Sturheit mögen da manchmal zum Durchhalten nötig gewesen sein. Auch wir von der Redaktion der *Arsti* hatten mit ihnen manchmal einen harten Strauß auszufechten.

Auf die Abspaltung der Nürnberger Gruppe reagierte die verlassene Gruppe, die vor allem in Bremen und Hamburg weiterbestand, mit Ignoranz. Andererseits scheute Pep sogar vor Verleumdungen nicht zurück, wobei er in der *Arpo*-Jahre-

skonferenz 1971 von den anderen leider keinen Widerspruch erfuhr. Statt die politischen Streitpunkte aufzuzeigen, behauptete er u.a. laut Protokoll: „Am Beispiel der Entwicklung des Genossen Steigers muß man klar sehen, daß diejenigen Kräfte, die nicht aus dem Proletariat, nicht aus dem Kampf, sondern aus der intellektuellen Einsicht heraus zum Kommunismus kommen, immer durch ihre ursprüngliche Klassenlage gefährdet sind, die kommunistische Bewegung wieder zu verlassen. Die historischen Beispiele hierfür sind zahlreich. Die wirklichen kommunistischen Kerne kommen aus den Kämpfen, aus der Konfrontation mit der Gesellschaft zum Kommunismus. Andererseits müssen wir uns aber fragen, wie es kommt, dass in der gesamten Nürnberger Gruppe keine Genossen gegen deren Linie auftraten.“

Die Gründung der neuen *Gruppe Arbeiterstimme* war der Versuch, angesichts einer nicht mehr im Sinne der innerparteilichen Demokratie funktionierenden *Arpo* eine neue *Arpo* zu installieren und die zunehmenden ultralinken Tendenzen in der Gewerkschaftsfrage abzuwehren. Der politischen Streitfragen gab es eine Menge. In der Bremer Gruppe selbst entzündeten sich die Auseinandersetzungen an den Straßenbahndemonstrationen Jugendlicher, vor allem aber an der zweiten Liste bei der Betriebsratswahl in der Klöckner-Hütte (Bonno usw.). Die Nürnberger z. B. hatten eine andere Einschätzung der Entwicklung des „Prager Frühlings“, sie protestierten gegen die Verfälschung von Artikeln (SU, NPD, Gewerkschaft) und waren entsetzt über Peps weltpolitische Fehleinschätzungen in der *Arpo*, z. B. „Die USA in Agonie“, und das 1970!

Politisch bekannte sich die neue Gruppe zu Aufgaben, die schon die KPO und die alte Arbeiterpolitik sich stellten; so vor allem: Förderung der Entwicklung von Klassenbewusstsein, Klassenkampf anstelle von Sozialpartnerschaft, Betonung des wichtigen Stellenwerts taktischen Vorgehens, Propagierung des Sozialismus, Herausbildung kommunistischer Kader als Vorbereitung zur späteren Gründung einer kommunistischen Partei. Einig waren wir uns, dass der Bezug auf die Arbeiterklasse weiterhin gültig sei, trotz der Schwierigkeiten, die uns allen bewusst waren. Kritik und Selbstkritik und

ein freundschaftlicher Umgang miteinander sollten in der neuen Gruppe bestimmend sein. Freilich, fünf Jahre später sollte sich zeigen, dass man so etwas zwar anstreben kann, doch die veränderten politischen Verhältnisse, das geänderte Umfeld, das auf eine Gruppe einwirkt, dann aber oft stärker sind. 1971 jedenfalls war der Nachklang der Studentenbewegung noch stark, hielt der linke Aufschwung in Deutschland und der Welt noch an. Bei den Differenzen zwischen der *Arpo* in Bremen und in Nürnberg spielte auch die Entfernung eine Rolle und noch mehr die unterschiedlichen politischen Gegebenheiten in Bayern und in den nördlichen Stadtstaaten. In Bayern regierte mit absoluter Mehrheit und mit harter Hand die CSU; die SPD war in der Diaspora. Unser Nürnberger Gewerkschaftsapparat, obwohl auch aus SPD-Mitgliedern bestehend, war linker geprägt, eine Anzahl der Gewerkschaftsführer war in der SAP gewesen, einige hatten sogar früher der *Arpo* nahegestanden. In Bremen andererseits herrschte seit Jahrzehnten die SPD, gab es traditionell ein Zusammenspiel zwischen Bürgertum und sozialpartnerschaftlichen Sozialdemokraten. Diese Unterschiede hatten ihre Auswirkung auf die unterschiedlichen Einschätzungen des Verhältnisses zwischen Gewerkschaftsbasis und Gewerkschaftsführung, wobei wir immer bestrebt waren, die regionalen Besonderheiten nicht als das Allgemeine anzusehen.

Ein anderes Element des politischen Auseinanderlebens waren die gruppeninternen Auswirkungen der Jugendbewegung und der sogenannten „Wilden Streiks“. Waren auf den Jahreskonferenzen früher etwa 25 bis 35 GenossInnen anwesend, die man meist kannte, so war ab ca. 1967 plötzlich der Saal voll, aber mit von Jahr zu Jahr wechselnden Anwesenden. 70 bis 80 Leute aus verschiedensten Zirkeln und Betrieben tauchten auf und verschwanden bis zum anderen Jahr wieder. Es war unklar, wer überhaupt zum Führungskern gehörte. Auf der Konferenz in Steinkimmen, als für mich zum ersten Mal Pep wieder in der Gruppe mitwirkte, wollte die Redaktion um Günter Kuhlmann die opponierenden Bremer Genossen und Hermann Jahn ausschließen las-

sen. Doch die Versammlung zeigte sich damit politisch völlig überfordert, auch wir Nürnberger. Die große Mehrheit wusste überhaupt nicht, um was es genau ging. Der Ausschluss ging dann mit sechs oder sieben Ja-Stimmen vor sich, alle anderen enthielten sich (!), auch wir Nürnberger.

Doch zurück zur neugegründeten Gruppe, die nun vor allem durch den Zusammenschluss der Genossen von *Unser Weg* und der *Gruppe Arbeiterpolitik Nürnberg* zustande kam. Diese Vereinigung von Altgenossen und Junggenossen war auf der einen Seite fruchtbar, da die Jüngeren aus Nürnberg die Tradition und die politischen Grundsätze der KPO meist erst oberflächlich aufgenommen hatten und nun dazulernen konnten. Die andere Seite war, dass viele Altgenossen, um mit Isi Abusch zu sprechen, „Gewesene“ waren; also durch die Niederlagen, durch KZ und Gefängnisse und durch die Enttäuschungen im eigenen Lager verbraucht waren. Die Folge war, dass manche an der Vergangenheit hängen blieben, querulantisch oder inaktiv wurden. Auch die Entfernungen spielten eine Rolle. Andere wiederum wie Hermann Jahn, Schorse Stockmann und Isi und Friedel arbeiteten, soweit sie konnten, gleich mit. In der Nürnberger Gruppe überwogen die neu Hinzugekommenen, vom alten Kern zu Karl Grönsfelders Zeiten waren nicht mehr Viele übrig geblieben.

Wir sollten uns den alten Ursprungskern noch mal vornehmen, um die Entwicklung besser zu verstehen. 1948 leitete Karl Grönsfelder die Nürnberger Ortsgruppe der Gruppe Arbeiterpolitik mit ca. 50 Personen. Als ich dort 1956 meine ersten Gehversuche in Richtung Marxismus machte, waren meist Arbeiter aus Metallbetrieben anwesend. Einige Jahre später waren wir nicht mehr als fünf, Karl Grönsfelder, Hans Kunz, Helmut Insinger und Erich Hansel. Es war die bleierne Zeit der Wirtschaftswunderjahre, als der Kalte Krieg auf dem Höhepunkt war, mit Antikommunismus, KPD-Verbot und Linkenverfolgung. Gleichzeitig verursachte der wirtschaftliche Aufschwung den Niedergang der sozialistischen Bewegung und der Arbeiterbewegung. Statt Klassenkämpfen überzog eine politische Friedhofsruhe das Land, die auch schwer auf den Gewerk-

schaften lastete. 1959, im Zuge der allgemeinen Entwicklung, löste sich die Gruppe Arbeiterpolitik, die unter der Führung von Rudi Hanke und dem BR-Vorsitzenden Söchtig stand, auf – im Werk Salzgitter hatte es 600 Leser der Arpo gegeben! Der Nürnberger Zirkel machte in bescheidenem Umfang weiter. Karl war auch in Verbindung mit Heinrich Brandler und anderen. Ich konnte durch meine Reisetätigkeit unserem kleinen Kreis mit der Zeit einige Sympathisanten zuführen. Inzwischen hatten einige Unentwegte um Schorse Stockmann und Heinz Kundel in Bremen wieder begonnen, im Geiste der Arpo ein hektographiertes Blatt herauszugeben, „Briefe an unsere Leser“, an dem

er dann brieflich mit mir verkehrte. Er starb 1967 im Alter von 86 Jahren.

Mitte der 60er Jahre änderte sich die Nürnberger Gruppe und sie fand heraus aus ihrer Isolation. Denn die Angst vor einem Atomkrieg hatte Teile der Bevölkerung ergriffen und stärkte die Übriggebliebenen in der Friedensbewegung. Vor allem Jugendliche beteiligten sich nun an den Ostermärschen, aber auch Gewerkschafter. Aus diesem Kreis lud Udo Winkel, den wir schon vorher gewonnen hatten, Interessenten zu unseren monatlichen Veranstaltungen ein; später kamen sie auch in die Arbeitskreise. Es waren unterschiedliche Leute, auch eine Anzahl Aktiver aus der IG-Metall-Jugend. Mehrere von

Nürnberger Metallbetriebs; Bärbel kam von den Pfadfindern. Über viele Jahre entwarf die Gruppe zum 1. Mai Flugblätter und verteilte sie vor Großbetrieben.

Die Nürnberger Gewerkschaften hatten, wie fast überall, den 1. Mai schon viele Jahre in den Saal verbannt, doch 1971 schien die Zeit reif für eine Straßendemonstration, mit oder ohne Segen des DGB. Die Gruppe ergriff die Initiative, lud linke Gruppen und Parteien ein, die dann nach nervenaufreibendem Hickhack eine ansehnliche Demonstration zustande brachten. In einer Vorberedungsdiskussion lernten wir Gabi und Achim kennen, die dann zu uns fanden. Auch Gabi sprang später

beim Impressum ein. Beide waren in der Redaktion, ebenso wie Udo, Egon, Norbert, Kurt, Erich und ich; Linne und später B. tippten meistens die Artikel. Den Zeitungsumbruch hatte eine Zeitlang Herbert By. gemacht und dann lange Zeit unser Genosse H., später in Zusammenarbeit mit dem Plärrer-Verlag. Unsere Gruppenlokalität wechselte von der Peterstr. 18 zu den umgebauten Kellerräumen in der Bucherstr. 19 und dann in die Baracke am Flughafen. Nun sind wir schon 29 Jahre im feuchten Politikeller Bucherstr. 20, im Karl Grönsfelder-Heim. Anfang der 70er Jahre gründeten wir einen Betriebsarbeitskreis, einen Montagsdiskussionszirkel und einen Freitagsschulungskreis.

Aus letzteren gingen dann später die Fraktionierungen hervor. Die Jahreskonferenzen jener Zeit waren für uns vom Kern ein Problem. Es kamen da die Aktiven vom inneren Kreis mit Sympathisanten unterschiedlicher Niveaus zusammen, die oft vorgaben, besser zu wissen, was der Gruppe Erfolg bringen würde, als wir selbst. Manche ältere Genossen, die nur einmal im Jahr zu uns kamen, wollten ihr Statement einbringen oder von alten Kampfzeiten erzählen, auch von der POUM. Das sprengte oft den Rahmen oder führte zur Unzufriedenheit anderer Teilnehmer. So waren wir vom Gruppenkern manchmal froh, die Konferenz überstanden zu haben, um weitermachen zu können wie bisher. Der Versuch



Einige Genossen der Arpo-Nürnberg 1963

wir mitarbeiteten. 1964 starb Karl Grönsfelder. Ich hatte acht Jahre von meinem Mentor lernen können, von einem bescheidenen und einfachen Menschen, der den Marxismus anzuwenden verstand, obwohl er nur vier Klassen Volksschule besucht hatte. Er war früher schon Führer des Spartakusbundes in Nürnberg gewesen, nach dem I. Weltkrieg in der Leitung der bayerischen KPD und in den 20er Jahren bayerischer Landtagsabgeordneter.

1966 flog ich zum ersten Mal zu einer Jahreskonferenz nach Hamburg, wo wir vorher in Heinrich Brandlers kleinem Krankenzimmer tagten. Das war der Beginn einer leider nur kurzen Beziehung, in der

ihnen waren an der Gründung der *Arsti* beteiligt. Einen weiteren Schub gab es dann mit dem Aufkommen der Studentenbewegung. Bei den monatlichen Treffen waren wir 20 bis 28 Teilnehmer im Wohnzimmer von Hans Kunz. Dort wurden sowohl die Büroarbeiten als auch die Versandarbeiten für die *Arsti* erledigt. Da müssen wir Pauline Braun-Höfler, die beim ASB arbeitete, ein Denkmal setzen, die nicht nur bereit war, zeitweise für das Impressum gerade zu stehen, sondern auch manchen Sonntag in der Baracke oder im Politikeller die Zeitungsadressen abrollte. Sie übernahm auch die Kassenbuchhaltung. Mit Ludwig gewannen wir einen Betriebsratsvorsitzenden eines

des Umfunktionierens war ja damals in der Linken Gang und Gäbe. Die Jahreskonferenzen in der 4., der jetzigen Phase der Gruppe, unterscheiden sich davon schon gewaltig, wo es sachlich und in freundschaftlicher Verbundenheit um Inhalte geht. Auch die politischen Niveaus von einst und heute unterscheiden sich. Das hängt auch zusammen mit der Sozialstruktur und dem Bildungsstand der Gruppe. Das einstige Vorherrschen des Arbeitermilieus hatte weniger Zielgerichtetheit, aber mehr Spontaneität im Gefolge. Der Aufschwung der Studenten- und Jugendbewegung brachte auch uns Zulauf; dies schlug sich jedoch nicht immer in Mitarbeit nieder. Es gab mehr Nehmer als Geber. Einige in der Gruppe waren

Vorschein. Über die Frage des Terrorismus gab es eine wirre Diskussion (s. Arsti 29. 2. 1972). Die Opposition war nun gegen „Dogmatismus“. Eine Aneignung des Marxismus „durch den Kopf“ wurde in Abrede gestellt. Auch emanzipatorische Elemente spielten eine Rolle. Die sich nun verbal für die „Basisarbeit“ einsetzten, hatten vorher in grotesker Weise unseren Betriebsarbeitskreis aufgelöst! Wir, die wir schon überlastet waren, sollten wohl machen, was sie selbst zu leisten nicht instande waren.

Mit dem Montags- und dem Freitagsarbeitskreis hatte sich die Gruppe in der Praxis schon geteilt, bevor es zu Spaltung kam, die wir dann herbeiführten, als es keinen Weg aus der Sackgasse mehr gab. Wir

Freitagsfraktion hatten die Leser der Arsti Gelegenheit, die Argumente zu verfolgen und sich eine Meinung zu bilden. Schneller als erwartet, erhielten wir nun von außen Zuspruch und neue Kontakte, z. B. von W. und E. aus München; Peter und Hilde näherten sich uns immer weiter an und gewannen für uns zwei Engagierte, die später Redaktionsmitglieder wurden und auch heute noch für das regelmäßige Erscheinen unserer Zeitung sorgen. Dann ist noch etwas Witziges passiert: „Ein“ Helmut Belsold (Die Falken) hatte aus Straubing an die Arpo wegen Kontaktaufnahme geschrieben. Die Genossin Margret, die dort die Versand- und Büroarbeit machte, schrieb zurück, „Du wohnst zu weit weg von Bremen, wende Dich

Arbeiterstimme

MEHRHEITSGRUPPE

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

zusätzlich noch Mitglieder der MG in Erlangen geworden, ohne das in der Gruppe zu hinterfragen. Die Integration der Neuzugänge in die Gruppe wurde schwierig, weil der alte Kern immer kleiner geworden war nach dem Tod von Hans Kunz und dem Teilrückzug von Helmut Insinger. Auf einer Jahreskonferenz in Erlangen, an der Peter und Hilde zum ersten Mal teilnahmen, waren über 72 Teilnehmer, mehr, als wir je wieder in der Hallerwiese erreichten.

1975 wurde offensichtlich, dass die Studentenbewegung gescheitert war, ein Wirtschaftsabschwung sorgte dafür, dass die betrieblichen Auseinandersetzungen abnahmen; der Staat verschärfte die Repression. Es wurde für manche klarer, dass ihre Erwartungen gegenüber der Gruppe und überhaupt überzogen waren. Auch in der Gruppenarbeit fehlten die Erfolgserlebnisse. Ein Streit um die Wichtigkeit von Theorie und Praxis entbrannte. Die Kritiker wollten die theoretische Arbeit zurückstutzen. Die Zeitung sollte vorwiegend Betriebs- und Gewerkschaftsthemen behandeln. Weltpolitik, Geschichte usw. sollten reduziert werden. Immer mehr kamen reformistische Tendenzen zum

hatten zwar die Mehrheit der Gruppe hinter uns, doch nicht in Nürnberg und nicht bei den jüngeren aktiveren Mitgliedern. Die Spaltung traf uns zutiefst und zeitweise waren wir, was den Neuanfang anbelangte, nur drei Aktive: Gabi, Achim und ich. Erich war damals krank. Unser Vorhaben eines Neuaufbaus schien manchmal am Rande des Scheiterns zu stehen. Natürlich halfen auch andere mit, auch der Freitagssarbeitskreis, und im Laufe der Zeit die Altgenossen von auswärts, soweit sie konnten. Wir gaben weiterhin die Zeitung heraus mit dem Vermerk „Mehrheitsgruppe“. Auch die Opposition brachte noch einige Nummern, teilweise auf niedrigem Niveau. An ihrer Wirrnis und Uneinigkeit ist sie dann zerfallen. Einige von ihnen wurden später wieder Abonnenten unserer Zeitung. Kein einziger Altgenosse war mit ihnen gegangen.

Aus diesem Tiefpunkt heraus entstand eine neue Phase des Gruppenaufbaus, den ja manche von euch dann miterlebt haben, wobei etwa 1991 mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus die Gruppe noch mal in ihren Grundfesten erschüttert wurde. In der Zeit der Auseinandersetzungen zwischen Montags- und

doch an Hans St. von der Arsti.“ Damit hatte sie die *Arsti* ein großes Stück vorwärts gebracht. Helmut, der an der Regensburger Uni hohes linkes Ansehen genoss und auch vor größerem Auditorium F. J. Strauß imitierte, hatte in jenen Jahren einen Kreis von Studenten und anderen um sich. Die Studentenbewegung war zwar in den Ballungszentren im Abklingen, doch in der Provinz gab es immer noch einen Nachtrab, der uns zugute kam. Dazu kam: Die entstandenen ultralinken K-Gruppen verloren immer mehr den Bezug zur Wirklichkeit. Helmut brachte zu den Nürnberger Monatsversammlungen eine ganze Schar mit, hin und wieder hielten wir auch in Regensburg eine Veranstaltung ab. Die Oberpfalz bescherte uns so eine ganze Anzahl neuer Genossen, die heute noch im inneren Kreis und in der Redaktion sind. Auch Intellektuelle aus Norddeutschland fanden zu uns. Die Wochenendseminare hielten wir mehrere Male in Hildesheim, in Kassel, in Osnabrück in Zusammenarbeit mit der Gruppe *Hintergrund* und auch in Berlin ab.

Nach der Wende waren wir an einem Wochenende in Rotterode, wo wir Manfred Behrend aus Berlin kennen lernten, der dann viele Artikel,

besonders zur PDS, beisteuerte. Dann kam die Begegnung mit der Gruppe International in Landshut und in Dorfen, was den Beginn einer fruchtbaren Zusammenarbeit legte. Um diese Zeit fanden einige jüngere Genossen aus dem süddeutschen Raum zu uns; auch in England und später in Österreich fanden wir Sympathisanten, die uns bei unserer Arbeit unterstützten. Die letzten Jahre waren die Seminare dann in München. Seit einigen Jahren sind wir mit einem Stand auf der Linken Literatur-Messe in Nürnberg vertreten. Mehrere Jahre hatten wir einen italienischen Großspender in Hamburg, der uns als großer Unbekannter am Jahresende immer 6.000 DM überwies.

Ohne die Opferbereitschaft von Gruppenmitgliedern könnten wir nicht bestehen. Wenn wir bundesweit in der Linken Deutschlands bekannt geworden sind und weiter Werbung in diesem Umfang betreiben können und das seit Jahrzehnten, dann beruht das auch auf der außergewöhnlichen Spendenbereitschaft des 1991 verstorbenen Isi Abusch, von dessen „Rentenüberweisungen“ wir heute noch zehren.

Wie schon erwähnt, brachte dann der Zusammenbruch des Realsozialismus für die Gruppe einen tiefen Einschnitt. Nicht schon 1989, aber ein bis zwei Jahre später verließen viele Genossinnen und Genossen die Gruppe oder reduzierten ihre Aktivität. Bezeichnend aber war, dass nun andererseits engere Sympathisanten und Leser die dringende Notwendigkeit erkannten, sich für die Gruppe zu engagieren, und zu Mitarbeitern wurden. Das erfuhren wir in München, in Baden Württemberg und anderswo.

Wir hatten stets im Nürnberger Gewerkschaftshaus eine Anzahl von Abonnenten und Sympathisanten, schon seit Karl Grönsfelders Zeiten, der auch bei manchen Gewerkschaftsfunktionären mit SPD-Parteibuch hoch geachtet war. Nach seinem Tod 1964 musste ich die Besuche übernehmen, bei denen auch immer wieder politisch diskutiert wurde. So konnte politischer Einfluss ausgeübt werden, aber auch Rückschläge und Enttäuschungen blieben nicht aus. Als manche von ihnen in den Ruhestand gingen, mussten die Nachfolger erst gewonnen werden. Das mache

ich nun schon 47 Jahre lang, seit 1964, seit Karls Tod.

Die letzten 15 Jahre haben ja dann die meisten von uns, die bis heute durchgehalten haben, selbst erlebt und mitgestaltet. Einige unter uns sind ja schon 15, 20 Jahre dabei. Seit längerem hat Thomas das Impressum übernommen. Wir mussten immer wieder hinnehmen, dass treue und aktive Genossinnen und Genossen durch Tod ausschieden wie zuletzt Peter. Sie waren nicht zu ersetzen und nur ganz wenige finden neu zu uns in den aktiven Kreis.

Vor allem von Außen her wird immer wieder die Frage gestellt, *ist das nicht unnützes Sektierertum, was ihr treibt? Es gibt doch trotz allem immer noch eine Anzahl kommunistischer Gruppierungen, die wesentlich größer sind als ihr, warum schließt ihr euch denen nicht an?* Natürlich gibt es heute, im Gegensatz zu den Zeiten vor der Wende, Marxisten in der DKP, in der SOZ, in der Partei Die Linke usw. Genossinnen und Genossen, die ähnlich selbstständig und dialektisch denken und für demokratische Strukturen in ihrer eigenen Organisation stehen. Mit ihnen kann man enger zusammenarbeiten. Doch das war nicht immer so, als man sich kopflos von den Heilszentralen Moskau, Peking und Tirana usw. bestimmen ließ. Die KPD schloss nach dem Krieg unsere Vorgänger aus der Partei aus und verfolgte sie als „Titoisten“, „CIA-Agenten“ und „Verräter“. Im Ostblock wurden viele von ihnen ins Zuchthaus geworfen, in die schrecklichen Lager gesperrt oder gar umgebracht. Auch nach der DKP-Gründung wurde größtenteils die feindselige Haltung beibehalten, auch wenn es in der Basisarbeit „Bündnispolitik“ gab. Diese Zeiten einer unmarxistischen Versteinerung sind zwar endgültig vorbei, doch einen echten Neuanfang gab es auch in der DKP nicht. Wo blieben die parteioffizielle Selbstkritik, wo die heißen Diskussionen um die Fehler der Vergangenheit? Trotz der verheerenden Niederlagen der kommunistischen Bewegung wird zum Beispiel auch jetzt wieder an der Thälmann-Legende weitergestrickt. Zu den dort bereits laufenden Flügelkämpfen würden wir nur ein weiteres Streitfeld einbringen. Fruchtbare Kritik, das Lebenselixier des Marxismus, kann es nur im

solidarischen Miteinander geben. Andere, besonders trotzkistische Gruppen, sind nach wie vor nicht frei von schädlichem Voluntarismus. Und, das gilt für alle Gruppen, auch für die uns nahestehende *Arpo*, wir müssten für einen Zusammenschluss die Gewähr einer Gleichberechtigung haben. Dies ist aber nirgendwo zu erkennen. Gibt es keine Ebenbürtigkeit, wird die Belastung größer statt kleiner.

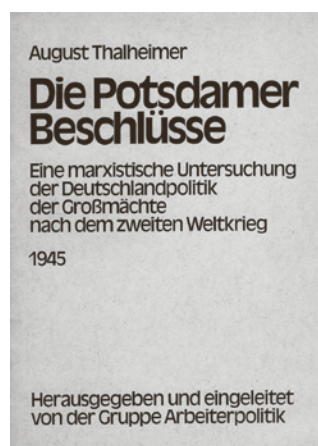
Die Systemkrise des Kapitalismus weitet sich immer mehr aus, die zweite Bankenkrise wird noch gefährlicher als die vorhergehende. Die Zeiten werden härter, zuerst einmal auch für die revolutionäre Linke. Denn die Gegenbewegungen werden wohl anschwellen, doch auch manchmal in Sackgassen versanden. Die populistische und rechte Gefahr erhöht sich durch die politische Zuspitzung und allgemeine Ratlosigkeit.

Gerade in Deutschland, mit der jüngeren Geschichte der Teilung des Landes, haben wir in Richtung Sozialismus einen weiten Weg vor uns. Dafür ist Zähigkeit, aber auch Klarheit gegenüber linken „Modeerscheinungen“ notwendig. Vor allem anderen kommt es darauf an, dass der marxistische Funke nicht erlischt. Halten wir den Funken am Glühen!

Hans Steiger

Anzeige

Die Potsdamer Beschlüsse



Nachdruck mit einem Vorwort der Gruppe Arbeiterpolitik, August 1950. 32 Seiten, Broschur. 1,50 €.

„Ohne Job, ohne Wohnung, ohne Pension und ohne Angst“

Fast weltweit kann man derzeit das Aufkommen von Protestbewegungen gegen die Auswirkungen der neoliberalen Politik der zurückliegenden Jahre feststellen. Auch die Revolutionen im arabischen Raum haben diesen ökonomischen Hintergrund. Das können auch die Versuche der westlichen Medien nicht verschleiern, die die dortigen Entwicklungen als reine, idealistische Demokratiebewegungen darstellen, die mit den materiellen örtlichen Bedingungen und politischen Verhältnissen in Westeuropa nichts zu tun haben.

Die Situationen in den Ländern Arabiens, die zu den aktuellen Aufruhren führten, haben jedoch letztendlich ihre Ursache in der Verschlechterung der Lebensverhältnisse breiter Bevölkerungsschichten. Das ist so, sowohl in jenen Ländern, als auch bei uns und anderswo in der Welt. Das ist ein Fakt, trotz der riesigen qualitativen Unterschiede, die es im Lebensstandard zwischen den

kapitalistischen Zentren und deren Peripherie gibt.

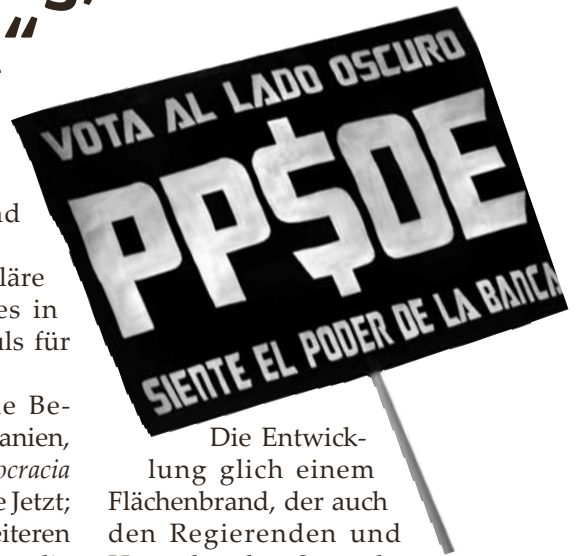
Dabei gab die spektakuläre Besetzung des Tahrir-Platzes in Kairo den wesentlichen Impuls für ähnliche Aktionen in Europa.

Am 15. Mai (daher die Bezeichnung M-15) fanden in Spanien, initiiert von der Gruppe „*Democracia Real Ya*“ (Wirkliche Demokratie Jetzt; DRY), in Madrid und in 80 weiteren Städten Demonstrationen gegen die Politik der PSOE-Regierung unter Zapatero statt. Mehr als 150.000 Teilnehmer protestierten landesweit gegen die Sparpolitik und die „*Arbeitsmarktreform*“ der Regierung.

Im Anschluss an die Abschlusskundgebung besetzten in Madrid Hunderte, vorwiegend Jugendliche, den Platz Puerta del Sol im Zentrum der Stadt und errichteten dort ein Camp. Sie waren entschlossen, ihren Protest unbefristet fortzusetzen.

Offensichtlich traf die Aktion den Nerv von großen Teilen der spanischen Bevölkerung, die die unsziale Regierungspolitik und das Diktat der Brüsseler Bürokraten nicht länger widerstandslos hinnehmen wollte. So entwickelte sich das Camp auf der Puerta del Sol sehr schnell zum Brennpunkt des sozialen Widerstands. Innerhalb weniger Tage wurden in den meisten größeren Städten vergleichbare Camps eingerichtet.

Die Unterstützung durch die Bevölkerung war enorm. Jeden Tag kamen mehr Menschen auf den Plätzen zusammen, so dass alleine in Madrid der Platz von mehreren tausend Aktivisten ständig besetzt war und an den Abenden die Menge bis auf 15.000 und mehr answoll.



Die Entwicklung glich einem Flächenbrand, der auch den Regierenden und Herrschenden Sorge bereitete, denn am 22. Mai sollten die Kommunal- und Regionalwahlen stattfinden. Die Regionalwahlen sind mit den deutschen Landtagswahlen vergleichbar.

In Spanien gibt es die gesetzliche Regelung, dass am der Wahl vorausgehenden Samstag nicht politisch demonstriert werden darf. Und am Donnerstag hatte die Junta Electoral Central, die oberste Wahlbehörde, nochmals ausdrücklich verfügt, dass in der so genannten Ruhezeit vor dem Sonntag keine Demonstrationen und Kundgebungen stattfinden dürfen. Damit wollte die Wahlbehörde bereits gemachte Zugeständnisse regionaler Behörden, die teilweise Kundgebungen genehmigt hatten, rückgängig machen.

Diese Zugeständnisse gab es allerdings in Madrid, Barcelona und anderen Städten nicht. Dort bestand das Demonstrationsverbot unverändert. Demnach hätte die Polizei überall mit dem anbrechenden Freitag die Plätze räumen müssen.

Doch der Widerstand ließ sich damit nicht brechen. Ein von Tausenden Menschen besuchtes Plenum der Protestierenden hatte am Freitagnachmittag beschlossen, trotz des Verbots am Sonnabend zu demonstrieren. Sprecher der Bewegung erklärten daraufhin, es gebe zwar keinen offiziellen Demonstrationsaufruf, es werde aber schwer sein, „die Leute daran zu hindern, zur Puerta del Sol zu kommen“.

Und so war es dann auch. Die Regierenden trauten sich den Schritt, die Plätze gewaltsam zu räumen, vor



der anliegenden Wahl nicht zu. Dabei gab es durchaus Drohungen aus der Madrider PP-Regionalregierung und dem spanischen Innenministerium, den Platz in den nächsten Tagen zu räumen.

Die Madrider Stadtverwaltung und Händlerverbände machten seit Tagen gegen die Protestierenden Stimmung. Die Verkäufe in den Geschäften rund um den Platz seien um 70 Prozent zurückgegangen.

Wahldebakel für die POSE

Am 22. Mai fanden dann die Wahlen statt. Rund 35 Millionen Spanier waren aufgerufen, in dreizehn der siebzehn Regionen und in 8.000 Kommunen neue Parlamente und Vertretungen zu wählen. Die Wahlbeteiligung war außerordentlich gering. Nicht einmal 65 Prozent der Spanier gingen zu Wahl. Hinzu kam, dass knapp eine Million Menschen entweder einen leeren Stimmzettel abgaben oder die Stimme ungültig gemacht hatten. Diese aktive Wahlverweigerung entsprach 4,2 Prozent derjenigen, die wählen gegangen

sind. Eine solche Stimmverweigerung hat es in Spanien seit dem Ende der Franco-Diktatur nicht gegeben.

Offensichtlich waren diese Wähler einem Aufruf im Internet gefolgt, der dort schon seit Wochen kursierte. Unter dem Motto „Wähle sie nicht“ wurde dort dargestellt, dass fast alle Parteien Kandidaten und Politiker auf ihren Listen hatten, gegen die wegen Korruption aktuell ermittelt wird oder die sogar wegen diesem Delikt bereits verurteilt waren.

An diesem Beispiel wird die Politikverdrossenheit der Menschen in Spanien deutlich. Auf der anderen Seite zeigt aber das Wahlergebnis auch die Widersprüchlichkeit der politischen Situation in Spanien. Die PSOE erlitt überall herbe Niederlagen. Selbst in ihren traditionellen Hochburgen Barcelona, Sevilla und der Region Kastilien-La Mancha erlitt sie starke Verluste. Die PSOE erhielt mit nur noch 27,8 Prozent ihr schlechtestes Ergebnis seit dem Übergang zur bürgerlichen Demokratie nach dem Tode Francos 1975.

Eindeutiger Sieger der Wahlen waren die Konservativen. Ihren Wahlkampf hatten sie teilweise mit

aggressiven rechten Parolen und Xenophobie betrieben. In Katalonien, wo die meisten Einwanderer Spaniens leben, hatten einige Kandidaten zum Beispiel die Immigranten für ausgebrochene Seuchen verantwortlich gemacht. Die aus Eliten des Franco-Regimes hervorgegangene Volkspartei (PP) erhielt mit insgesamt 36,8 Prozent der Stimmen das beste Ergebnis, das sie jemals hatte. Entsprechend groß war das Frohlocken in ihren Reihen. Die PP-Sprecherin Ana Mato meinte denn auch: „Das ist der Beginn einer neuen politischen Etappe in unserem Land“. Wenn sie sich da nur nicht täuscht.

Auf jeden Fall tut sich zwischen der PSOE und der PP nach der Wahl ein Abgrund auf. Zwei Millionen Wählerstimmen und zehn Prozent der Stimmen liegen zwischen den beiden dominierenden spanischen Parteien. Enttäuschend war auch das Wahlergebnis für die Vereinigte Linke (IU). Zwar konnte sie erstmals den fast eine Dekade andauernden Negativtrend umkehren und mit einem Stimmenzuwachs von 200.000 einen Prozentpunkt zulegen. Die IU kam auf ein Ergebnis von 6,2 Prozent.

Anzeige



Rote Hilfe organisieren – Mitglied werden!



ROTE HILFE e.V.

Bundesgeschäftsstelle, Postfach 3255

37022 Göttingen

Tel.: 0551 – 770 80 08 (Di. & Do. 15:00 – 20:00 Uhr)

Fax: 0551 – 770 80 09

bundsvorstand@rote-hilfe.de – www.rote-hilfe.de

Spendenkonto:

Rote Hilfe e.V., Konto-Nr: 19 11 00 – 462

BLZ: 440 100 46, Postbank Dortmund

IBAN: DE75 4401 0046 0191 1004 62

BIC: PBNKDEFF

Trotzdem zeigt das Wahlergebnis, dass die Gruppe aus dem Wahldebakel der PSOE keinen wirklichen Nutzen ziehen konnte. Ganz offensichtlich sieht das breite spanische Protestpotential in dem Linksbündnis keine Alternative zu den bestehenden Parteien.

War schon die breite Protestbewegung ein Grund zur Sorge bei den politisch Etablierten, so kam es durch die aktive Wahlverweigerung zur hellen Aufregung. Gleichgültig ob PSOE oder PP, alle sorgten sich um eine „Beschädigung der Demokratie“ durch solche Verweigerungsaktionen. Die Verantwortung dafür würde die Bewegung M-15 und die Gruppierung „*Democracia Real Ya*“ (DRY) tragen. Selbstverständlich schloss sich die bürgerliche Presse dieser Meinung an. Ganz offensichtlich wollte man mit dieser Argumentation den Spaltpilz in die Bewegung und die Öffentlichkeit tragen, was aber gründlich misslang. Noch am Wahlabend stellte DRY klar, dass die Bewegung weder zur Wahlenthaltung noch zu einem bestimmten Wahlverhalten aufgerufen habe. Ihr Ziel sei, das gegenwärtige Wahlsystem zu verbessern und nicht zu boykottieren. Und das ist durchaus glaubhaft. Die Bewegung M-15 ist eine sehr spontane, idealistische Reaktion auf die sozialen Missstände in Spanien. Sie erfasste zuerst die Jugend und in zunehmendem Maße wurden und werden weitere Bevölkerungsschichten in die Bewegung hineingezogen. In großen Teilen der spanischen Bevölkerung ist die grundlegende Empörung über die Politik der Kürzungen und des Abwälzens der Krisenlasten auf die lohnabhängige Bevölkerung tatsächlich zu spüren.

Die Protestbewegung nennt sich dann auch so: „*Los Indignados*“ – *Die Empörten*. Sie übernahm die Bezeichnung in Anlehnung an die Schrift „*Empört Euch*“ des ehemaligen französischen Widerstandskämpfers und KZ-Überlebenden Stéphane Hessel. In Frankreich war die Schrift im vergangenen Jahr ein Bestseller. Vollbrennender Wut äußert sich Hessel in seiner Abhandlung gegen den Fi-

nanzkapitalismus und unterstreicht seine Einstellung zum Pazifismus. Er sieht durch den Neoliberalismus den Sozialstaat und die Menschenrechte gefährdet und versucht, für die Aufrechterhaltung moralischer Werte zu mobilisieren.



Spaniens Ökonomie unter Druck

Der Proteststurm und die Bewegung M-15 haben ihre Wurzeln eindeutig in der ökonomischen Krise, die in Spanien gegenüber den meisten anderen europäischen Ländern eine Besonderheit aufweist. Spanien hatte in den vergangenen Jahren außerordentlich hohe ökonomische Wachstumsraten. Das hatte während des Bundestagswahlkampfes 2004 zum Beispiel Merkel veranlasst, Spanien als Beispiel für eine Wachstumspolitik hinzustellen, wie sie die CDU auch für Deutschland anstrebe. Allerdings wurde das Wachstum im Wesentlichen alleine durch einen Immobilienboom getragen.

Es bildete sich wie in den USA oder Irland eine riesige Immobilienblase. So trug die Industrie vor dem Platzen der Blase nur noch 16,1 Prozent zum BIP bei; der tertiäre Bereich, also der Dienstleistungssektor, dagegen fast zwei Drittel. Während der Rezession schrumpfte das produzierende Gewerbe um fast 15 Prozent und war damit der Hauptleidtragende der Krise. Das gilt allerdings nicht für das völlig überdimensionierte Baugewerbe. Es war von dem Rückgang lediglich mit 6,3 Prozent betroffen.

Eines der Resultate dieser Entwicklung ist das drastische Handelsbilanzdefizit von runden 52 Milliarden

Euro. Für Spanien bedeutet das, dass knapp ein Fünftel der Einfuhren nicht durch Exporte gedeckt ist – ein Umstand, an dem der zweitwichtigste Handelspartner BRD mit einem Überschuss von 12 Milliarden nicht gerade unbeteiligt ist. Der spanischen

Bevölkerung hatte man jahrelang weisgemacht, dass dieser Bauboom ewig halten würde und mit ihm Wohlstand und Reichtum einkehren würden. Täglich würden 1.000 neue Arbeitsplätze entstehen, wurde von den Konservativen behauptet. Eine Aussage, die nicht nachprüfbar ist. Dass das aber keine nachhaltige Entwicklung war, ist offensichtlich. Doch während einer Boomphase werden kritische

Hinweise zur Seite gewischt und müde belächelt – nicht nur in Spanien!

Auf jeden Fall ging die Rechnung der Bauindustrie und Spekulanten auf. Die Spanier kauften wie wild Wohnungen. So haben viele spanische Familien heute neben einer Wohnung in ihrer Stadt ein Wochenendhaus am Meer oder auf dem Land. Nach Zahlen der *Bank von Spanien* gab es Ende 2005 in Spanien rund 23,7 Millionen Wohnungen und 15,39 Millionen Haushalte. Damit kommen auf einen Haushalt 1,54 Wohnungen. Das ist die höchste Rate der Welt. 85 Prozent der Wohnungen werden von ihren Eigentümern bewohnt und lediglich 15 Prozent werden vermietet. Auch wenn es sich bei diesen Zahlen um Durchschnittswerte handelt, liegt auf der Hand, dass sich die Eigentümer nicht alleine aus dem Bürger- und Kleinbürgertum rekrutieren. Auch viele Familien, die der Arbeiterklasse zugerechnet werden müssen, sind Immobilienbesitzer; eine Entwicklung, die bereits unter Franco begann, wo bewusst das kleine Eigentum gefördert wurde, um die Arbeiterklasse an das kapitalistische System zu binden.

Die Kehrseite der Entwicklung und damit auch ein aktuelles soziales Problem, das auch die Entstehung der Bewegung der Empörten förderte, ist die private Verschuldung der Familien.

Bereits im Jahr 2005, vor dem Platzen der Blase, lag die durch-

schnittliche private Verschuldung pro Person bei 125 Prozent eines Jahreseinkommens. Das war dreimal so viel wie eine Dekade zuvor. Als Problem wurde das nicht gesehen, da der „Wert“ der Immobilie und deren Preise stiegen und stiegen. Zum Häuschen auf Pump wurde noch ein Auto oder die Inneneinrichtung gekauft. Auch die Finanzierung war kein Problem. Selbst Familien ohne geregeltes Einkommen wurden bedenkenlos von den Banken und Sparkassen Hypothekendarlehen und großzügige Baufinanzierung gewährt.

Das sieht inzwischen natürlich anders aus. Mehr als fünf Millionen Menschen, oder 21 Prozent, sind inzwischen arbeitslos. Zwei Millionen Arbeitsplätze wurden im Verlauf der Krise vernichtet. Die Arbeitslosenquote stieg binnen dreier Jahre von 8,3 auf aktuell 21,3 Prozent. Bei den Jugendlichen unter 25 Jahren ist sie mehr als doppelt so hoch und damit innerhalb Europas mit Abstand die höchste Quote. Das Platzen der Immobilienblase ist allerdings nur ein Grund für die Heftigkeit der Krise in Spanien. Eine weitere Ursache liegt in den großen strukturellen Problemen der spanischen Ökonomie. Unter Franco war Spanien in den 1950er und 1960er Jahren eines der Armenhäuser Europas mit einem weitgehend abgeschoteteten Binnenmarkt. Es gab zwar eine staatliche Industriepolitik, doch war diese alleine auf den Binnenmarkt ausgerichtet.

Mit dem Übergang zur bürgerlichen Demokratie überließen die herrschenden Kreise, entsprechend dem neoliberalen Dogma, die Wirtschaft dem freien Spiel der Märkte, was dazu führte, dass nur ein kleiner Teil der unter Franco geförderten Industrie überlebte. Dieser ist heute durchaus produktiv, bietet aber nur wenige Arbeitsplätze. Parallel dazu entwickelte sich an den Küsten der Massentourismus, der zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor wurde. Das Land ist weltweit das zweitbeliebteste Urlaubsziel. Der Tourismusboom war es auch, der zum Bau einer Unzahl von Hotels und Ferienwohnungen führte und damit zum Bauboom, der in eine Blase mündete. Und die Blase ist weiterhin akut. Die Preise für Immobilien sind zwar von

2008 bis 2010 durchschnittlich um 20 Prozent gesunken, doch gehen die Banken davon aus, dass sich der im Herbst 2007 erreichte Höchststand halbieren muss, um die Nachfrage wieder zu beleben. Somit steht ein weiterer Preisverfall von 30 Prozent bevor. Tatsächlich standen Ende des vergangenen Jahres noch immer mehr als eine Million Wohnungen leer. Die meisten wurden nie bezo-



gen, da die Baufirmen im Baurausch 800.000 Wohnungen im Jahr fertigstellten – mehr als Deutschland, Frankreich und England zusammen.

Jetzt, wo die Spekulationsblase geplatzt ist, zahlen die, die immer bezahlen. Für viele Familien sind die Folgen äußerst drastisch. Die Arbeitslosigkeit führte und führt in den meisten Fällen zur Zahlungsunfähigkeit. Die Familien sind nicht mehr in der Lage, die Kredite zu bedienen. Da es in Spanien keine Sozialhilfe gibt, stehen viele vor dem Abgrund und einem riesigen Schuldenberg, der dafür sorgt, dass sie sich meist nicht einmal mehr eine Wohnung mieten können.

Aber auch für die Banken und Sparkassen führt das zu Konsequenzen. Sie sitzen heute auf faulen Krediten in Höhe von 180 Milliarden Euro. Aus diesem Grund stuft die US-Rating-Agentur Moodys die Bonität des Landes Mitte März auf bescheidene „Aa2“ zurück. Das Rezept der Regierung besteht in der Zusammenlegung und Privatisierung der Sparkassen (Cajas), wobei die Verluste, wie üblich, vergesellschaftet und die marodesten Institute vorübergehend vom Staat übernommen werden. Zwar gelang es, die Zahl der Cajas durch Zusammenlegung von 45 auf 17 zu reduzieren, doch die ersehnten Privatanleger warten ab, bis die regierenden „Sozialisten“ das ökonomische und soziale Massaker für sie erledigt haben. Bis jetzt wurden fünf Prozent der Filialen geschlossen, auch der Abbau von 15.000

Arbeitsplätzen, durch den knapp fünf Milliarden Euro eingespart werden sollen, hat kaum begonnen.

Die ökonomischen Probleme Spaniens sind offensichtlich. Als im Mai/Juni diesen Jahres die ersten Gerüchte auftauchten, dass Spanien Hilfe aus dem Euro-Rettungspaket benötigen würde, rief das, wie im Falle von Griechenland, Irland und Portugal, die Finanzspekulant auf den Plan. Dadurch wurde die Finanzmisere Spaniens übermächtig. Um ihren Haushalt refinanzieren zu können, muss die spanische Regierung für Kredite am Kapitalmarkt immer höhere Zinslasten tragen, was die Schuldenproblematik zusätzlich verschärft. Problematisch ist auch die Lage der Großbanken, nicht nur alleine wegen fauler Kredite.

Es fällt ihnen immer schwerer, sich zu refinanzieren, da sie zum einen für Einlagen von Privatkunden sehr hohe Zinsen bezahlen müssen und zum anderen sich gegenseitig fast nichts mehr leihen. Nicht wenige dieser Geldinstitute beginnen deshalb jetzt zu wackeln.

Bei den Bankenstresstests im vergangenen Jahr fielen alleine in Spanien fünf Sparkassen durch. Bereits im März 2009 musste die regionale Sparkasse Caja Castilla la Mancha mit neun Milliarden Euro von der Zentralbank gestützt werden, für die jetzt der spanische Staat garantiert.

Spanien gilt deshalb heute, ebenso wie Italien, als weiterer Kandidat, der womöglich unter den EU-Rettungsschirm schlüpfen muss. An der Misere des Landes ist allerdings nicht alleine die seit sieben Jahren regierende PSOE schuld. Auch die PP unter Aznar, der alles für die unkontrollierte Entwicklung der Bauindustrie und damit für die Immobilienblase tat, hat einen wesentlichen Teil dazu beigetragen.

Die PSOE-Regierung unter Zapatero steht aktuell unter einem riesigen Druck. Auf keinen Fall will man unter die Fuchtel der Brüsseler Bürokraten und sich deren Diktat aussetzen. Was deren rigide Finanzauflagen bedeuten, ist am Nachbarland Portugal und noch deutlicher am Beispiel Griechenland zu sehen. Deshalb will man die Probleme mit eigener Kraft lösen.

Wer allerdings grundsätzlich nicht mit dem Neoliberalismus, bzw. mit dem Kapitalismus, brechen will, hat nur den einen Weg, der überall in Europa und weltweit begangen wird. Der führt über eine harte Austeritätspolitik. Das macht aktuell die POSE unter Zapatero in Spanien. Die Ausgaben sollen drastisch sinken. Ob im öffentlichen Dienst oder bei den Renten, ob bei der Deregulierung des Arbeitsmarktes oder der Verlängerung der Lebensarbeitszeit, überall wird gekürzt und „reformiert“. So hat die Regierung die Zahl der Neueinstellungen um zwei Drittel gekürzt. Ebenfalls gekürzt wurden die Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst. Die Renten wurden eingefroren und das Kindergeld gestrichen. Die Unternehmer haben künftig das Recht, das Lohnniveau frei zu bestimmen

Massenarbeitslosigkeit und prekäre Arbeit

Und hinter allen Maßnahmen ist die Handschrift der EU-Bürokraten und der die EU dominierenden Länder Deutschland und Frankreich erkennbar.

Entsprechend trist sieht die gesellschaftliche Lage dann auch insgesamt aus. Wer überhaupt einen Arbeitsplatz findet, verdient oft nur einen Hungerlohn von unter 1.000 Euro, bei einem Preisniveau, das nur geringfügig von dem in Deutschland abweicht. Neu entstandene Arbeitsplätze sind in der Regel prekär. In keinem anderen europäischen Land gibt es so viele prekäre und zeitlich befristete Jobs wie in Spanien. Alle Lasten werden auf die lohnabhängige Bevölkerung abgewälzt, während gleichzeitig mit vielen Milliarden marode Banken gesponsert werden.

Es kann deshalb nicht verwundern, dass es zur Bewegung der „Empörten“ kam. Im Gegenteil, es wäre verwunderlicher gewesen, wenn die Unzufriedenheit keinen Ausdruck gefunden hätte. Die Quote der Jugendarbeitslosigkeit in Spanien ist, wie schon beschrieben, mit mehr als 40 Prozent die höchste in Europa. In manchen Regionen des Landes liegt sie sogar bei 50 Prozent und darüber. Das besondere dabei ist, dass aufgrund der Wirtschaftsstruktur

Spaniens besonders die akademisch ausgebildete Jugend betroffen ist. Die Masters, Bachelors und anderen Besserqualifizierten hängen in „beruflichen Warteschleifen namens Praktika“, dort sind sie der Erpressungsmacht des Kapitals mit Taschengeldentlohnung ausgesetzt oder sie schlagen sich mit Tagelöhnerarbeiten oder mit Zeitarbeitsverträgen mit nach oben offenen Arbeitszeiten und



nach unten offenen Löhnen durch. Geisteswissenschaftler haben auf dem Arbeitsmarkt in der Regel gar keine Chance, Naturwissenschaftler und Ingenieure nur bedingt. Auf eine freie Stelle kommen durchschnittlich hundert BewerberInnen.

Kurz gesagt: Die spanische Jugend hat kaum eine Zukunftsperspektive. Zwar fehlt eine solche im ganzen EU-Raum mehr oder weniger, doch ist sie in Spanien am wenigsten vorhanden.

Aufkeimender Widerstand mit diffusum Standpunkt

Auf den besetzten Plätzen und bei Demos stellt diese gut ausgebildete Jugend ihre Situation, aber auch den aufkeimenden Widerstandswillen, dar. Auf Transparenten ist da zu lesen: „Jugend ohne Job, ohne Wohnung, ohne Rente, ohne Angst“. Es soll sich etwas grundsätzlich ändern in Spanien. Doch das „Was“ und das „Wie“ sind noch äußerst nebulös und unkonkret.

Auf den Plätzen mit unzähligen Info-Ständen und Wandzeitungen wird man informiert, welchen Standpunkt die Empörten und ihre Bewegung M-15 vertreten:

„Wir sind keine Vereinigung, wir folgen keiner Partei oder Gewerkschaft, wir sind einfach als Personen dabei“. Damit machen sie eine klare Absage an die etablierte Politik und politische Organisationen. „Die nennen es Demokratie, aber es ist keine. Die vertreten uns nicht!“. Und tatsächlich finden sich auf den Plätzen keine Fahnen und Parolen der politischen Linken und der beiden großen Gewerkschaften.

Auch die Kommunisten, die IU sowie die CCOO und die UGT werden als etabliert angesehen. Lediglich die Embleme der Anarchisten sind relativ häufig zu sehen. Zu Aktionen wird über die sozialen Netzwerke Facebook, Twitter oder den spanischen Dienst Tuenti mobilisiert.

An den Forderungen, die die Empörten stellen, wird deutlich, dass es sich noch nicht um eine klare antikapitalistische Opposition handelt. Ihre Misere sehen sie in erster Linie in den handelnden politischen Akteuren. Deshalb steht ganz weit oben auf dem Forderungskatalog die „wirkliche Demokratie“. Dazu sehen sie die Erfordernis „einer Wahlrechtsreform, um die Demokratie repräsentativer zu machen, und ein wirkliches Verhältniswahlrecht; (...) den Kampf gegen die Korruption und totale politische Transparenz (...) effektive Gewaltenteilung (...) und die Schaffung von Kontrollmechanismen für die Bürger; die Politiker müssen zur Verantwortung gezogen werden.“

Auf einem Plakat in Valencia war zu lesen: „Wir sind keine Systemfeinde – das System ist uns gegenüber feindlich“. Das ist natürlich ein fundamentaler Irrtum der Empörten. Selbst wenn die Demokratie repräsentativer wäre, selbst wenn die Politiker nicht korrupt wären und durch effektive Kontrollmechanismen zur Verantwortung gezogen würden, selbst dann würde sich an der Krisenhaftigkeit des Kapitalismus nichts ändern. Ihre Forderungen nach Arbeit und einem auskömmlichen Leben lassen sich auf Dauer eben nur erfüllen, wenn man den Kapitalismus grundsätzlich infrage stellt und

überwindet. Soweit ist, wie man sieht, die Bewegung noch nicht. Da aber inzwischen die Bewegung M-15 mehr ist als alleine eine Bewegung der intellektuellen Jugend, wurden und werden auf den täglichen Versammlungen vereinzelt auch Forderungen gestellt, die sich gegen das Kapital und seine Verfügungsmacht richten.

So konnte man auf einem Flugblatt in Valencia lesen:

- Verbot von Entlassungen in Unternehmen, die Gewinne machen;
- Aussetzung der Reform des Arbeitsgesetzes und der Rentenreform und Volksabstimmung über diese Reformen;
- stärker progressive Besteuerung und massive Kontrolle der Steuerhinterziehung, Schließung der Steuerparadiese;
- Schaffung einer öffentlichen Bank zur Finanzierung der sozialen Ausgaben, Verstaatlichung der geretteten Banken;
- Streichung der Mietschulden für Menschen, die deswegen ihre Wohnung verloren haben, garantierte Sozialmieten;
- Offenlegung der Schulden und Volksentscheide über finanzielle Rettungsaktionen für die spanische Wirtschaft;
- tägliche Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich, Umverteilung der Hausarbeit; drastische Umverteilung des Reichtums, ein Steuersystem, das auch eine internationale Umverteilung ermöglicht, usw.

Das hört sich alles sehr schön an, doch an die Umsetzung dieser Forderungen ist zurzeit nicht zu denken. Auf der Puerta del Sol haben sich die Aktivisten der Bewegung über Wochen hinweg versammelt und in Ausschüssen und Arbeitsgruppen darüber diskutiert, wie sie ihre soziale Basis verbreitern könnten. Ein Schritt dazu war, dass man in die einzelnen Stadtteile geht und dort ebenfalls Platzbesetzungen und Volksversammlungen organisiert. Außerdem versuchten die Aktivisten, zum Teil erfolgreich, Zwangsräumungen zusammen mit den Hypothekenopfern zu verhindern. Auch in den Stadtteilen war die Resonanz von Seiten der Bevölkerung auf die Aktivitäten

von M-15 sehr groß. Ende Juni lösten sich die Protestlager auf den Plätzen weitgehend auf, nicht jedoch die Bewegung. Zu einem Sternmarsch, der das ganze Land umfassen sollte, wurde aufgerufen, quasi als einer Verlängerung der Protestlager, wie es die Teilnehmer erklärten.

Der Auftakt dazu waren landesweite Demos der M-15. Insgesamt mobilisierte die Bewegung dazu rund 400.000 Menschen. Die massenhafte Teilnahme ging quer durch das Land. Viele, auch kleinere Städte, erlebten damit die größten Demonstrationen seit je. Zu Tausenden machten in allen Landesteilen sich Empörte zu Fuß auf den Weg nach Madrid.

An den Wochenenden wurde der Marsch durch ebenfalls Tausende



Demonstranten verstärkt, die ihnen in Bussen nachreisten. Am 24. Juli schließlich kamen die Sternmärsche in der Hauptstadt an und wurden von 20.000 Madridern entsprechend begrüßt. Die Demonstranten stießen auf ihrem Marsch überall auf große Sympathie, was nicht verwundern kann, denn nach Umfragen stehen zwischen 60 und 80 Prozent der Spanier hinter M-15 und finden diese gut.

Inzwischen ist die M-15 nicht mehr so sichtbar, wie das in den Mai- und Junitagen der Fall war. Trotzdem ist sie natürlich nicht verschwunden. Der Schwerpunkt der Aktivitäten hat sich in die Stadtteile verlagert. In entsprechenden Foren werden zurzeit die Herbstaktivitäten diskutiert. Im Gespräch ist ein Generalstreik, den man am 15. Oktober ausrufen will und ein Sternmarsch nach Brüssel ist bereits auf dem Weg.

Wenig politische Weitsicht

Aber trotz der Größe und Breite der Bewegung M-15 gibt es einen außerordentlich deutlichen Schwachpunkt, der verhindert, dass der entscheidende Druck entsteht, der die Herrschenden zu Zugeständnissen zwingt. Der liegt in der Haltung der Bewegung zu den beiden großen Gewerkschaften UGT und CCOO. „Wir folgen keiner Partei oder Gewerkschaft, wir sind einfach als Personen dabei.“. Das ist eine der Kernaussagen der Bewegung M-15.

Von politischer Weitsicht, strategischem und taktischem Denken zeugt sie allerdings nicht. Für die Empörten sind die beiden großen Gewerkschaften „Verräter“. Natürlich ist das eine sehr undifferenzierte Betrachtung. Verstehen kann man deshalb die Haltung der Empörten nur, wenn man zum einen deren politische Unerfahrenheit berücksichtigt und zum anderen die Politik der UGT und CCOO betrachtet.

Beide Gewerkschaften hatten im vergangenen Jahr am 29. September zu einem 24stündigen Generalstreik gegen die Kürzungspolitik der Regierung Zapatero und insbesondere gegen die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre aufgerufen. Die Gewerkschaften bezeichneten den Streik als vollen Erfolg. In Wirklichkeit jedoch war die Teilnahme der Werktätigen an der Aktion aber wohl nicht so überwältigend. Die spanische bürgerliche Presse berichtete voller Häme, dass in der Öffentlichkeit der Generalstreik fast nicht bemerkbar gewesen sei und dass nicht einmal die Hälfte der Arbeiter und Angestellten daran teilgenommen hätten. Aber wie dem auch sei, Tatsache ist, dass Zapatero von dem Generalstreik wenig beeindruckt war. Seine „Arbeitsmarktreform“ nahm er nicht zurück.

Ob die mangelhafte Teilnahme an dem Streik an der gebremsten Mobilisierung lag, wie Gewerkschaftslinken behaupten, oder an der Angst der Beschäftigten vor dem Verlust des Arbeitsplatzes, lässt sich aus der Ferne schlecht beurteilen. Das Verhalten der Gewerk-

schaftsführungen lässt jedoch den Rückschluss zu, dass man in deren Gremien die PSOE-Regierung als das kleinere Übel betrachtet und diese nicht in existenzielle Bedrängnis bringen will. Um noch „Schlimmeres“ zu verhindern, schlossen dann die Gewerkschaften mit der Regierung im Februar dieses Jahres einen Wirtschafts- und Sozial„pakt“ ab und stoppten damit die Mobilisierung gegen den Sozialabbau. Diesen „Burgfrieden“ hat allerdings die Bewegung vom 15. Mai beendet. Der Protest gegen Massenarbeitslosigkeit, Einschnitte in Löhne und Sozialleistungen, prekäre Arbeit und gegen die ungerechtfertigte Rettung der Banken wurde damit öffentlich sichtbar. Entsprechend groß ist der Erklärungsnotstand der Gewerkschaftsführungen. Trotzdem schließen sie sich dem Massenprotest in vollem Umfang noch nicht an. Die Antwort auf den von der M-15 geplanten Generalstreik am 15. Oktober gaben die jeweiligen Aktionssekretäre der CCOO und UGT, Andres und Temprano. Sie wiesen einen Generalstreik zum jetzigen Zeitpunkt, trotz der Übereinstimmung in vielen Forderungen der Empörten, zurück, weil dieser den Dialog zur Lösung der Krisensituation verspielen würde. Jetzt sei „Verhandeln angesagt“ und außerdem könne ein Generalstreik nur von den Gewerkschaften ausgerufen werden.

Das kommt einem irgendwie bekannt vor. Und ohne die konkrete Stimmungslage der Beschäftigten in den spanischen Betrieben zu kennen, die Aussagen zulassen, inwieweit große Widerstandsaktionen aktuell tatsächlich möglich sind, wird man an die Haltung des DGB zur seinerzeitigen Bundesregierung Schröder erinnert.

Die weitere Entwicklung in Spanien ist kaum vorherzusagen. Es

ist aber schwer vorstellbar, dass die Bewegung M-15 plötzlich wieder in der Versenkung verschwindet. Immer wieder wird sie öffentlich sichtbar und produziert Schlagzeilen. So zuletzt, als die Polizei die Reste des Camps der Empörten auf der Puerta del Sol anlässlich des Papstbesuches räumte. Plötzlich demonstrierten wieder Zehntausende.

Oder als Anfang September eine große Koalition aus POSE und PP, fast in einer Nacht-und-Nebel-Aktion, die Verfassung änderte und eine Schuldenbremse einführte, waren wieder Zehntausende auf der Straße. Die Änderung kam entsprechend den „Empfehlungen“ aus Frankreich und Deutschland zustande. Zur Beruhigung der Märkte soll die staatliche Kreditaufnahme in Zukunft begrenzt werden.

Wieder war auf den Straßen und Plätzen der zentrale Slogan zu hören: „Sie nennen es Demokratie, aber es ist keine!“.

Gewerkschaften, die politische Linke und die Empörten sehen in der Maßnahme eine weitere Verschärfung der sozialen Krise in Spanien und fordern ein Referendum über die Verfassungsänderung. Dass es dazu kommt, ist allerdings wenig wahrscheinlich. Dafür fehlen der Linken die entsprechenden parlamentarischen Mehrheiten.

Die Krise in Spanien wird sich weiter verschärfen. Mit dem weiteren Abbau des Sozialstaats ist zu rechnen. Das könnte schon sehr bald sein. Schließlich wurde nicht ohne Grund die Verfassung geändert. Zapatero wollte ursprünglich bis zum Ende der Legislaturperiode im März 2012 im Amt bleiben. Jetzt hat er für den 20. November Neuwahlen angekündigt.

Das kommt der freiwilligen Regierungsübergabe an die PP gleich, denn ohne Zweifel weiß man in der PSOE, was Neuwahlen für die Partei

Anzeigen

Immer noch Kommunist? Erinnerungen von Paul Elflein



Hamburg 1978. 138 Seiten, Fadenheftung, fester Einband, 5,00 €.

August Thalheimer Über die Kunst der Revolution und die Revolution der Kunst Ein Versuch



Broschüre, DIN-A5
80 Seiten, 6,- €
Herausgegeben von
Heiner Jestrabek.

Das Essay des oppositionellen Kommunisten Thalheimer entstand Ende der 1940er Jahre im kubanischen Exil. Es beinhaltet Reflexionen zur marxistischen Ästhetik und zur Kritik der damaligen Sowjetunion. Ein großer Teil der Schriften Thalheimers aus dem kubanischen Exil ging verloren. Jetzt liegt dieser wichtige Text erstmals vollständig vor. Mit editorischen Vorbemerkungen und einer Einführung von Theodor Bergmann.

Bestellungen an:

T. Gradl,
Postfach 910307,
90261 Nürnberg

Spanische Parlamentswahlen November 2011

Von 34.300.000 Wahlberechtigten gingen 24.600.000 an die Urnen (71,7 Prozent). Die Volkspartei (PP) war mit 44,62 Prozent der Stimmen und mit 186 Sitzen (+ 32 Sitze) die erwartete Gewinnerin. Die Sozialdemokraten (PSOE) verloren über 15 Prozent ihrer Stimmen und kamen auf 28,73 Prozent und auf 110 Sitze (- 59 Sitze); für die Linke Izquierda Unida (IU) stimmten knapp unter 7 Prozent der Wahlberechtigten, sie wird im neuen Parlament mit elf statt mit zwei Sitzen vertreten sein.

bedeuten. Sie werden wahrscheinlich noch desaströser ausgehen als die Regionalwahlen im Mai. Offensichtlich will man in der PSOE nicht die Verantwortung für noch tiefere Einschnitte übernehmen und sich damit endgültig von seiner Stamm-Wählerklientel verabschieden. Vielleicht ist ihr die deutsche Sozialdemokratie ein warnendes Beispiel.

Auf jeden Fall wird die Eurokrise und damit der Sparterror weitergehen, vielleicht, wie in Griechenland, über die Schmerzgrenze hinaus. Und deshalb ist gerade in Spanien mit großen Widerstandsaktionen der Empörten und auch der Gewerkschaften zu rechnen. Die Gewerkschaften werden sich dem nicht entziehen können. Zum einen brauchen sie nicht mehr auf die PSOE Rücksicht nehmen und zum anderen sind sie in ihren eigenen

Reihen mit einer Opposition linker Gewerkschafter konfrontiert, die mit dem Kurs der Führung nicht einverstanden sind.

So hat der Madrider Regionalverband der CCOO von Beginn der Bewegung M-15 zu deren Unterstützung aufgerufen und ihren Mitgliedern empfohlen, an den Demos teilzunehmen. Der Druck auf die Gewerkschaftsführung wird unter einer PP-Regierung zunehmen und sie zum Handeln zwingen.

Wohl ist den Herrschenden bei dieser Entwicklung allerdings nicht. Aber sie können sich weltweit nichts anderes vorstellen, als die Krisenlasten auf die lohnabhängige Bevölkerung abzuwälzen. Damit drohen mitten in der EU plötzlich „arabische Verhältnisse“. Wie dort, ist auch hier die soziale Misere der eigentliche Grund für die

Empörung. Die Bourgeoisie hat allerdings in solchen Situationen immer eine Lösung parat. Der EU-Kommissionspräsident Barroso warnte Mitte Juni des Jahres vor weit reichenden Folgen sozialer Proteste in Griechenland, Spanien und Portugal. Barroso hält Umstürze im Süden Europas für möglich. Dass er das ausgerechnet vor Gewerkschaftsführern tat, spricht für sich. Bei der Zusammenkunft „habe der ehemalige portugiesische Ministerpräsident die Gewerkschaftsvertreter davor gewarnt, dass diese Länder in ihrer demokratischen Gestaltung, wie wir sie derzeit kennen, verschwinden könnten“ (jW).

Es spricht auch für sich, dass in den bundesdeutschen Medien darüber nichts zu lesen war. Aber die Drohungen Barrosos zeigen, dass sich die herrschenden Klassen auf weitere soziale Verwerfungen und auf Aufruhr vorbereiten. Es ist aber nicht anzunehmen, dass sich die Protestbewegungen in Griechenland, Spanien oder sonstwo von solchen Drohungen beeindrucken lassen. Die politische Entwicklung wird spannend in den vor uns liegenden Monaten.

Anzeige



DIE ROTE HILFE

Zeitung der Roten Hilfe e.V. – Zeitung gegen Repression



Schwerpunkt der Ausgabe
4/2011: **Krise. Ein Brevier für schwierige Lagen.**

DIE ROTE HILFE
erscheint viermal im Jahr und
kostet 2 Euro, im Abonnement
10 Euro im Jahr.

Für Mitglieder der Roten
Hilfe e.V. ist der Bezug der
Zeitung im Mitgliedsbeitrag
inbegriffen.

**Gefangene erhalten die
Zeitung kostenlos.**

Zuschriften und Anfragen an:

Rote Hilfe Redaktion
Postfach 32 55,
37022 Göttingen
rhz@rote-hilfe.de

Abonnieren:

Rote Hilfe e.V., Literaturvertrieb
Postfach 6444
24125 Kiel
literaturvertrieb@rote-hilfe.de

**Auch in gutsortierten
Bahnhofsbuchhandlungen**

Anzeige

Das rote Gewerkschaftsbuch

A. Enderle, H. Schreiner, J. Walcher, E. Weckerle

**Das rote
Gewerkschaftsbuch**
1932

Herausgegeben von der
Gruppe Arbeiterpolitik

Von August Enderle, Heinrich
Schreiner, Jakob Walcher,
Eduard Weckerle.
Berlin 1932
Nachdruck mit einem Vorwort
der Gruppe Arbeiterpolitik,
1980. 192 Seiten,
Klebebindung. 5,- €.

Der Aufruhr in Großbritannien im Sommer 2011



Mark Duggan, allem Anschein nach ein Gelegenheitskrimineller, wurde am 4. August 2011 von der Polizei in Tottenham erschossen. Dies war der Auslöser für die Unruhen. Zunächst wurde behauptet, dass der Familienvater Duggan bei einer Auseinandersetzung auf einen Polizisten geschossen und diesen verletzt habe. Es stellte sich später aber heraus, dass er zwar eine Waffe hatte, diese aber in einem Socken eingewickelt war und er sie nicht benutzt hatte. Der verletzte Polizist war von einem seiner Kollegen angeschossen worden.

Die Randalierer in Tottenham beklagten sich über den Rassismus der Polizei, eine Klage, die schon seit Jahrzehnten erhoben wird. Während der nächsten vier Tage fanden in 28 Städten Unruhen statt. Fünf Menschen starben, über 100 verloren ihre Wohnungen, über 38.000 kleine Läden und größere Geschäfte wurden angegriffen oder angezündet. Einige Tage lang war die Polizei nicht in der Lage, dies zu verhindern. Erst als noch mehr Polizisten aus Orten, die nicht betroffen waren, zur Verstärkung geschickt wurden, gewann

die Polizei die Kontrolle wieder. Die Regierung war im Urlaub. Als ihre Mitglieder wieder zurück waren, erklärten sie öffentlich, es wäre auf ihr Eingreifen zurückzuführen, dass die Ordnung wieder hergestellt wurde. Das war eine Lüge. Polizeichefs widersprachen dieser Darstellung und es kam deswegen zu Spannungen zwischen ihnen und einigen Ministern.

Einige Tage lang hatte der Staat die Kontrolle über die Straßen verloren und sie den Krawallmachern überlassen. Dies verursachte großen Ärger in Teilen der Öffentlichkeit, die entweder betroffen waren oder sich unsicher fühlten.

Die herrschende Klasse war durch den Aufruhr und den Verlust der Kontrolle über die Straßen ziemlich erschüttert. Als sie wieder die Oberhand gewonnen hatten, begannen sie, die Schuld einer „aufständischen jugendlichen kriminellen Unterklasse“ zuzuweisen. Schlechte Eltern, Alleinerziehende, moralische Laxheit, Jugendgangs würden dahinterstecken. Die meisten der Randalierer waren Teenager. Die jüngsten Zahlen behaupten, dass 2/3

der Verhafteten und Angeklagten zwischen 10 und 17 Jahre alt waren. Von diesen hatten $\frac{3}{4}$ schon eine kriminelle Vergangenheit. Nur eine kleine Minderheit war bei Straßengangs. Sie waren erdrückend arm, arbeitslos und ohne viel Bildung. Aber auch einige Jugendliche, die eine Arbeit haben, machten bei dem Aufruhr und den Plünderungen mit. Die offizielle Anzahl der arbeitslosen Jugendlichen beträgt fast eine Million. Jugendzentren und Programme, die Jugendliche dabei unterstützen eine bessere Ausbildung und einen Arbeitsplatz zu erhalten und ihnen bei sozialen Problemen, wie Drogen, Alkohol, Obdachlosigkeit, Mißbrauch durch gewalttätige Eltern usw. helfen, werden eingestellt oder sind von den Einsparungen der Regierung betroffen. Ebenso wurden die Studiengebühren an den Unis verdreifacht, wobei die Studentinnen und Studenten aus einer anderen sozialen Schicht stammen. Kritiker der Regierung weisen darauf hin, dass die Zahlen, die angeben, dass die Festgenommenen in ihrer Mehrzahl eine kriminelle Vergangenheit haben, ein falsches Bild ergeben, da die

Polizei diejenigen leicht festnehmen konnte, die von Sicherheitskameras aufgenommen worden waren und deren Daten bereits bekannt und im Computer abgespeichert waren. Dieselben Zahlen sagen auch, dass 2/3 der Festgenommenen und vor Gericht Gestellten große Bildungsdefizite hätten und 1/3 im letzten Jahr von der Schule ausgeschlossen worden wäre. Auch waren 42 % weiß, 46 % schwarz und 7 % asiatischen Ursprungs¹

Viele der Aufrührer, die interviewt wurden, sprachen von ihrer Verachtung der Banker, deren Missetaten unbestraft blieben, ihrem Hass auf die rassistische, korrupte Polizei (die engen Beziehungen zur Murdoch-Presse) und auf die korrupten Politiker, von denen nur ungefähr ein Dutzend ins Gefängnis mußte für ihre erschwindelten Ausgaben. Sie hatten sich unter den Nagel gerissen, was sie erwischen konnten, warum also sollten das die Jugendlichen nicht auch tun? In manchen Städten wurden die Banken angegriffen als Ausdruck des Protestes.

In manchen Städten hatten Arbeiterviertel unter der spontanen Revolte zu leiden, kleine Läden und Häuser wurden angegriffen oder abgeackelt. Leute, die nicht viel besser dran sind als die Krawallmacher, waren die Opfer. Aber in Manchester z.B. gingen sie in die Innenstadt, um die Läden mit Luxusgütern zu plündern.

Tausende wurden später eingesperrt und schnell verurteilt. Die Gerichte arbeiteten auch die Nacht hindurch und es gab Anweisungen, Exempel zu statuieren. Gerichtsurteile ergingen etwa für den Diebstahl einer Flasche Wasser, einer Packung Kaugummi oder einem Paar Hosen. Es werden Zahlen genannt, dass 42% der Verhafteten zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wurden; in normalen Zeiten sind es 12%. Dagegen gab es Proteste von Menschenrechtsorganisationen und Anwälten. UNICEF hat die Inhaftierung von Kindern verurteilt. Die Gefängnisse füllen sich, was die Gefahr von Unruhen dort vergrößert. Das Personal in den Gefängnissen ist darüber nicht erbaut. Die strengen Urteile und die Propaganda sind die Rache der Reichen an den Ärmsten der Gesellschaft.

In einigen Gegenden wurden Häuser und kleine Läden von der

dortigen Gemeinschaft verteidigt, oft waren sie von verschiedener Religion und ethnischer Herkunft. In Birmingham verteidigten Sikhs z. B. Moslems während des Gebets. In Tottenham hielten mit Messern bewaffnete Türken und Kurden die Aufrührer von ihren Läden fern. In solchen Situationen können leicht rassistische Auseinandersetzungen entstehen und faschistische Gruppen ihren Vorteil daraus ziehen, wenn sie nicht von Antifaschisten vertrieben werden.

Es gab verschiedene Untersuchungen über die Vorfälle, eine davon gab korrupten Politikern die Schuld (Ausgabenskandal von Parlamentsabgeordneten). Die Regierung wies diese Darstellung zurück. Nach den Unruhen nahm die Repression zu. Einige Demonstrationen wurden verboten und die Regierung schlug vor, in Zukunft Wasserwerfer, Plastik- und Gummigeschosse einzusetzen, die in Nordirland und während der Unruhen in den 80er Jahren verwendet worden waren, aber die Polizei lehnte diese Vorstellungen ab. Es ist deutlich, dass die Ursachen in den über 30 Jahren neoliberaler Politik liegen und in einem moralischen Niedergang der Spitze der Gesellschaft, eher als an der Basis. Die Antwort kann nur starker Widerstand gegen eine solche Politik sein.

Was treibt die Koalition an?

Die philosophische, ökonomische und politische Theorie, die von der Koalition hochgehalten wird, ist eine Weiterentwicklung der neoliberalen Agenda von Mrs. Thatcher. Wie ein konservativer Gegner dieser Ideen damals sagte: Diese Ideen sind nicht neu, sondern eine Rückkehr zum Manchester-Liberalismus des 19. Jahrhunderts. New Labour verfeinerte diese Politik und setzte sie fort. Im Mittelpunkt steht das „the free possessing individual“², wie es Stuart Hall in seiner Analyse ausdrückt, die im Guardian vom 13. 9. 2011 veröffentlicht wurde, und der Staat wird als unterdrückend angesehen.

Aus dieser Sicht darf der Staat nicht die Gesellschaft regieren, die Wirtschaft regulieren oder sich in das Profitmachen oder die Schaf-

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

4x im Jahr, pro Heft € 3.- / Abo € 13.-

Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

Nr. 173 Herbst 2011, 36 S.

- Kuba: Der Parteitag ist vorbei, die Arbeit beginnt
- Die nicht gehaltene Festspielrede 2011
- Die Spaltung der KPO 1938
- Zur Situation des politischen Gefangenen Ricardo Palmera in den USA
- Die Legende wird fortgeschrieben
- Rezension: Gedankenwelt Chinas als rationaler Gegenentwurf
- Rezension: Emanzipatorisches Denken in Jiddischen Liedern

Nr. 172 Sommer 2011, 36 S.

- NATO-Politik mit allen Mitteln
- Wird jetzt auch Bahrain bombardiert?
- Kräfteverschiebungen im bürgerlichen Parteienggefüge
- 20 Jahre gewerkschaftlicher Widerstand im Ost-Deutschland
- Das Frühjahrsseminar der Gruppe in München
- Lateinamerika 2011
- Filmbesprechung: Wadans Welt

Nr. 171 Frühjahr 2011, 36 S.

- Revolution am Nil?
- Ich schwanke zwischen Enttäuschung und Zorn über die Arbeitgeber
- Arbeitswelt prekär
- Naziaufmarsch in Dresden verhindert!
- Leben in der Big Society
- Erfolge und Widersprüche der K.P. Chinas
- Wirtschaftsreformen in Kuba
- Patrice Lumumba
- Wir gratulieren dem Genossen Bergmann!
- Für einen neuen Internationalismus
- Wolfgang Abendroth

Nr. 170 Winter 2010/11, 40 S.

- Das neue deutsche Wirtschaftswunder
- Zur Politischen Entwicklung und zur Lage der Gruppe
- Gesetzesinitiative zur Einschränkung des Streikrechts
- Über den 19. Parteitag der DKP
- Wahlen in Wien und der Steiermark
- Chinas Wiedereintritt in die große Geschichte und Wirtschaft
- Die Erschaffung einer rechten Dominanz in Chile/Teil IV

Bestellungen bitte an:

Gruppe Arbeiterstimme

T. Gradl, Postfach 910307

90261 Nürnberg

Probehefte versenden wir gratis!

Arbeiterstimme

www.arbeiterstimme.org

fung von persönlichem Reichtum einmischen; er darf den Menschen nicht erzählen, wie sie ihre eigenen Angelegenheiten gegenüber dem Privateigentum regeln sollen. Der Markt muss herrschen und auf die Ungleichheit, die von ihm erzeugt wird, darf nicht störend eingewirkt werden. Der Wohlfahrtsstaat, der eingreift um den Reichtum umzuverteilen, der den Unterprivilegierten hilft, der Arbeitsplätze schafft und die Schwachen, Behinderten, unterdrückte Minderheiten usw. schützt, ist falsch. All das zerstört den Charakter, das Pflichtgefühl die Verantwortlichkeit und, das Wichtigste, es verletzt das Recht des Unternehmers, Profit zu machen.

Die Bankenkrise gab der Koalition die Chance, eine Konterrevolution zu realisieren, die bislang für unmöglich gehalten worden war, ein Zurückdrehen der Uhr zu der Situation zwischen den beiden Weltkriegen. Die Finanzierung des Staates muss in den Privatsektor abgewälzt werden. New Labour begann damit, indem sie Slogans wie „Reform“ und „Wahlmöglichkeit“ verwendeten, z. B. im Schulbereich, bei Krankenhäusern und im Wohnungsbau.

Diejenigen, die auf den Staat und öffentliche Dienstleistungen angewiesen sind, werden leiden. Die Bezahlung, die Arbeitsbedingungen, die Renten usw. der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst werden sich verschlechtern. Eine große Anzahl von Jobs wird verschwinden. Es trifft diejenigen, die von der Hilfe in bestimmten Situationen abhängig sind: taube oder blinde Kinder, solche mit Leseschwierigkeiten, oder pflegebedürftige Menschen. Staatliche Leistungen werden gestrichen und eine Obergrenze wird eingeführt. Die Arbeitslosen werden gezwungen, Arbeit zu finden. Abhängigkeit vom Staat muß abgeschafft werden.

Die Methoden der schrittweisen Privatisierung, die unter Blair angewandt wurden, werden gesteigert werden, sogar obwohl manche sich als unökonomisch herausgestellt haben (Private Finanzierungs-Initiativen oder die Lizenzvergaben an private Eisenbahnen). Mehr Teile aus dem Staatsbereich werden für private

Firmen ausgeschrieben werden. Dadurch wird er von innen her ausgehöhlt. Staatsgelder werden mehr und mehr in privaten Händen enden. Sogar Gefängnisse werden zunehmend privatisiert. Der Gesundheitsbereich, das Erziehungswesen und der soziale Wohnungsbau werden noch weiter privatisiert werden und die Mieten für Sozialwohnungen werden auf das Niveau wie im privaten Wohnungsbau ansteigen.

Büchereien, Schwimmbäder, Parks, Jugendklubs, Stadtteilzentren,



Sportzentren und Ähnliches werden privat betrieben werden oder sie werden geschlossen. Als die Koalition gebildet wurde, war viel davon die Rede, die USA zu kopieren, wo Wohlfahrtsverbände viele der Aufgaben übernehmen, die in Europa beim Staat liegen. Dadurch sind die staatlichen Vorkehrungen minimal; sie sind nur für die Ärmsten in der Gesellschaft. Aber kurz nachdem die Regierung gebildet worden war, war schon klar, dass eine solche Maßnahme nicht greifen würde, da die Wohlfahrtseinrichtungen ihre Mittel vom Staat erhalten, auf gesamtstaatlicher oder lokaler Ebene, und diese Mittel verschwinden. Spenden aus der Bevölkerung fließen nicht mehr, sie hat nichts mehr zu geben. Auf lange Sicht ist es auch das Ziel, den Geldfluss, der von der Zentralregierung an lokale Behörden gegeben wird, einzustellen. So werden diese ihre Finanzierung aus den örtlich erhobenen Steuern bestreiten müssen.

Bei genauerer Prüfung sieht dieses Projekt mehr nach einer Rückkehr zur Lage im 19. Jahrhundert aus und nicht nur zu der zwischen den zwei Weltkriegen. Es ist klar, dass die anhaltenden Kämpfe gegen dieses Projekt koordiniert und verallgemeinert werden müssen. Dem Streik einer Gewerkschaft im Öffentlichen Dienst und von drei Lehrer-Gewerkschaften, von denen eine noch nie in den über 100 Jahren ihres Bestehens einen nationalen Streik durchgeführt hatte, der am 30. Juni stattfand gegen

die Einsparungen und die Angriffe auf das Altersversicherungssystem, muss ein weiterer am 30. November folgen, an dem mehr Gewerkschaften teilnehmen. In der nächsten Zeit sind Auseinandersetzungen mit der Koalition unvermeidbar. Wenn ihre Politik nicht verhindert wird, wird es mit Sicherheit noch mehr Aufruhr geben. Die Geschichte zeigt uns, dass Aufstände die Kampfform derer sind, die spüren, dass sie keine politische Vertretung haben und da die Labour-Partei keine Alternative darstellt und sogar die Streiks am 30. Juni verurteilt hat, ist das hier der Fall.

m.j., 27.10.11

1– Der Begriff „asiatisch“ wird für Leute aus Indien, Pakistan und Bangladesh verwendet, nicht für Menschen aus Asien im allgemeinen.

2– „the free possessing individual“ : „das freie besitzende Individuum“

Autoritärer Kapitalismus: Modell Ungarn

Von einer europäischen Öffentlichkeit weitestgehend unbemerkt findet im national-konservativ regierten Ungarn derzeit ein Frontalangriff auf ArbeitnehmerInnen- und Gewerkschaftsrechte statt.

Dass die national-konservative, mit Zwei-Drittel-Mehrheit ausgestattete FIDESZ-Partei (übrigens Mitglied der EVP, der Europäischen Volkspartei und damit Schwesterpartei der ÖVP) unter ihrem Ministerpräsident Viktor Orbán, weitgehend autoritär regiert, ist soweit bekannt. Es wird zwar als unschön empfunden (vom Umgang mit ethnischen und politischen Minderheiten bis hin zur Einschränkung der Medienfreiheit) von der Europäischen Union und deren Mitgliedsstaaten allerdings mehr oder weniger achselzuckend zur Kenntnis genommen. Für weit mehr Empörung (vor allem in Österreich) sorgt dagegen schon die von der ungarischen Regierung geplante „Zwangskonvertierung“ von Fremdwährungskrediten und daraus resultierenden Milliardenverlusten für (unter anderem österreichische) Banken. Beinahe unbemerkt findet darüber hinaus derzeit der rasante und radikale Umbau Ungarns in Richtung „autoritärer Kapitalismus“ statt. Mit der drohenden vollkommenen Entrechtung von ArbeitnehmerInnen und der systematischen Entmachtung von Gewerkschaften.

Arbeitsmarktmaßnahmen im „Gulag-Stil“

Im Sommer dieses Jahres wurde im ungarischen Parlament ein neues Arbeitslosen- und Beschäftigungsgesetz beschlossen.

Die Kritikpunkte der GegnerInnen an diesem Gesetz reichten von Entrechtung, über staatliches Lohndumping bis hin zu Zwangsarbeitslagern. Aus gutem Grund:



- Die maximale Auszahlungsdauer des Arbeitslosengeldes wird von bisher 270 auf 90 Tage begrenzt.
- Die Obergrenze des Arbeitslosengeldes wird von 120 Prozent auf 100 Prozent des gesetzlichen Mindestlohns abgesenkt.
- Arbeitslosen, welche öffentliche Arbeits- und Beschäftigungsangebote ablehnen, droht der Verlust der „finanziellen Unterstützung“.
- Die „Zumutbarkeitsbestimmungen“ werden dahingehend gelockert, dass auch mehrtägige Aufenthalte fern des Wohnortes, die Unterbringung in provisorischen Containerstädten und Arbeit weit unter der eigenen Qualifikation als angemessen gelten. Ausnahmen gibt es nur im Falle der eigenen Erkrankung oder der Erkrankung von Kleinkindern, für die es keine anderen Betreuungsmöglichkeiten gibt.
- Für die „Entlohnung“ derartiger Arbeitsmaßnahmen darf das Mindestlohngesetz „in diesen besonderen Fällen“ unterlaufen werden, das Tarifrecht wurde speziell für diese „Unterzahlung“ geändert. Tatsächlich können derartige „besondere“ Beschäftigungsmaßnahmen allerdings bis zu 300.000 Menschen betreffen. (Quelle: Pester Lloyd, 22. August 2011).

Bis zu 43 Milliarden Forint (zirka 160 Millionen Euro) hofft die ungarische Regierung einzusparen. Angesiedelt ist diese Initiative unter dem Motto „Arbeit statt Sozialhilfe“ übrigens nicht im Arbeits- oder Sozialministerium, sondern im für die Po-

lizei zuständigen Innenministerium. Öffentlich meinte der Innenminister Pintér, dass „pensionierte Polizisten genau die richtige Qualifikation“ für die Durchführung der „öffentlichen Arbeitsprogramme

hätten,“ worin „... manche bereits das Bild von durch Alt-Polizisten bewachten Zwangsarbeiterkolonnen heraufziehen sehen,“ so Pester Lloyd. Auf entsprechend heftigen Protest stößt das „Beschäftigungsprogramm“ bei BürgerrechtlerInnen, Roma-Verbänden, bei Gewerkschaften, aber selbst in Teilen der Wirtschaft. BürgerrechtlerInnen und Roma-Verbände befürchten, dass durch ihre spezifische Lage vor allem Roma mit „Zwangsarbeit“ konfrontiert würden.

Die GewerkschafterInnen sind dagegen, weil das Entstehen eines staatlich geförderten, dauerhaften, weitestgehend (arbeits-)entrechteten Prekariats befürchtet wird. Die „Beschäftigungsprogramme“ böten schließlich weder Ausbildungsziele, noch irgendwelche sonstige Perspektiven, die „1-Forint-Jobber“ hätten weder Betriebsräte noch gewerkschaftlichen Schutz. Der droht allerdings ohnehin verloren zu gehen – und zwar für so ziemlich alle, kommt die national-konservative Ungarische Regierung mit ihren Plänen durch.

Arbeitsrecht: „Handbuch für Sklavenhalter“

„Die Rezepturen des Viktor Orbán für ein ‚neues Ungarn‘ führen direkt in den Untertanenstaat, fürchten die Gewerkschaften, aber nicht nur die“ untertitelt der Pester Lloyd einen Artikel vom 22. August 2011. Überschrift: „Orbáns schöne neue Arbeitswelt in Ungarn“. 294 Paragraphen auf

193 Seiten umfasst der Entwurf der nationalen Rechten zu einer Neufassung des Arbeitsrechts in Ungarn. Und was dieser Entwurf beinhaltet, spottet tatsächlich jeder Beschreibung Ungarns als Demokratie, geschweige denn als soziale Demokratie. „Handbuch für Sklavenhalter“ nannte der Gewerkschaftsverband „LIGA“ den Gesetzesentwurf, „Werden wir Sklaven oder Freie sein?“ fragte der Gewerkschaftsverband MZOSZ auf einem Flugblatt. Die Gewerkschaften überreiben mit ihren etwas gar „markig“ wirkenden Bildern nicht. So sieht das neue Arbeitsrecht, die „schöne neue Arbeitswelt“, im Ungarn der nationalistischen Rechten zu Beginn des 21. Jahrhunderts aus:

- weniger Urlaub für ArbeitnehmerInnen
- Verlust der Schichtzulage
- keine zwingende Auszahlung von Überstundenzuschlägen
- mehr Arbeit bei weniger Gehalt
- Abbau des Kündigungsschutzes, keine zwingende Abfertigung mehr
- ArbeitnehmerInnen, die im Rahmen ihrer Arbeit mit Geld umgehen, müssen künftig eine Kautions hinterlegen
- ArbeitnehmerInnen haben für von ihnen verursachte Schäden künftig in voller Höhe aufzukommen
- keine Mitwirkungsrechte bei Arbeitsfeldänderungen
- kein Kündigungsschutz für Mütter im Erziehungsurlaub und für ältere ArbeitnehmerInnen
- künftig dürfen ArbeitgeberInnen die Daten „ihrer“ ArbeitnehmerInnen ohne deren Zustimmung Dritten überlassen
- künftig soll auch die Bespitzelung von ArbeitnehmerInnen in ihrem privaten Lebensumfeld legal werden. Und zwar: „... im Zusammenhang mit dem Arbeitsverhältnis, jedoch zum Zwecke der Kontrolle des Verhaltens jenseits der Arbeitszeit und außerhalb des Arbeitsplatzes.“
- den Gewerkschaften wird das Vertretungsrecht vor Gerichten und Behörden entzogen
- der Kündigungsschutz sowie Arbeitszeitvergünstigungen („Freizeitgewährung“ auf Grund von Interessenvertretung) für gewerkschaftliche Interessensvertreter fallen
- ob betriebliche Interessensvertreter für Beratungen beziehungsweise

Konsultationen von ihrer Arbeit freigestellt werden oder nicht, obliegt künftig dem Arbeitgeber

- die Betriebsräte sollen künftig „Betriebsvereinbarungen mit Kollektivvertragswirkung“ ausverhandeln können. Damit wird die betriebliche gegenüber der überbetrieblichen Kollektivvertragsebene gestärkt, was massiv in die Kernkompetenzen von Gewerkschaften eingreift.
- Und zu schlechter Letzt: als ob die „Stärkung“ der betrieblichen Ebene nicht reichen würde, soll Arbeitgebern die Möglichkeiten eingeräumt werden, sich ihre Kollektivvertragspartner auf gewerkschaftlicher Seite (in Ungarn gibt es keinen einheitlichen Gewerkschaftsbund sondern derzeit sechs mehr oder weniger starke Gewerkschaftsverbände) selbst aussuchen zu dürfen!

Vorgeschmack „Streikrecht“

Einen ersten massiven Angriff auf ArbeitnehmerInnenrechte setzte es bereits Ende 2010: Damals wurden die Gewerkschaften „... im Hau-Ruck-Verfahren ihrer Gesetzgebungswalze um ihr Streikrecht gebracht“.

Pester Lloyd: „Treffen wollte sie (die ungarische Regierung, Anm.) damit vor allem die Interessensvertretungen der öffentlichen Versorgungsunternehmen im Verkehrs- und Energiebereich. Ihnen allein wurde bis dahin zugetraut, durch landesweite Streikaktionen die neue Ordnung der ‚nationalen Zusammenarbeit‘ empfindlich stören zu können.“

Das Streikrecht wurde dahingehend geändert, dass die Arbeit nur dann niederlegt werden darf, wenn Arbeitgeber und Gewerkschaften sich über eine „zu gewährleistende ausreichende Versorgung“ während der Streikdauer verständigt haben. Kommt es zu keiner Verständigung, hat das Arbeitsgericht das letzte Wort. Im Sommer zogen die betroffenen Gewerkschaften eine erste Bilanz. Das Ergebnis: von neun Streikinitiativen überlebte keine einzige die zweite Instanz.

Pester Lloyd berichtet: „Im Falle des Streikantrags von Gewerkschaften der Budapester Verkehrsbetriebe (BKV) wird die erstinstanzliche Entscheidung zurückgewiesen, weil das Gericht ‚nicht

den für die Entscheidung notwendigen Sachverhalt festgestellt‘ habe, ‚der durch das Streikgesetz in den Kompetenzbereich der Arbeitsgerichte gegeben wurde (...) und infolgedessen war die Entscheidung in der Sache aufgrund der daraus abgeleiteten juristischen Schlussfolgerung unbegründet‘. Außerdem stellte das übergeordnete Arbeitsgericht fest, dass gegen Maßnahmen der Regierung nicht gestreikt werden dürfe. In einem anderen Fall wurde unter Berufung darauf, das Streikziel entspreche nicht den gesetzlichen Anforderungen, die gerichtlich festgelegte ausreichende Dienstleistung außer Kraft gesetzt.“

Protestwelle gegen „Faschisierung“ Ungarns

Demokratische Grundrechte wie das Streikrecht, die systematisch ausgehebelt werden, ein Arbeitsrecht, das ArbeitnehmerInnen entrechtet, Beschäftigungsmaßnahmen, die an dunkle Zeiten erinnern – der Widerstand gegen die zunehmende „Faschisierung“ der ungarischen Gesellschaft durch die rechts-nationale FIDESZ beginnt sich zu formieren.

War der gewerkschaftliche Protest am 12. September mit ein paar tausend DemoteilnehmerInnen noch relativ schwach, planten für Ende September Gewerkschaften, zivilgesellschaftliche Organisationen, BürgerrechtlerInnen und Opposition eine „ganze Serie von Streiks, Blockaden und anderen Protesten“ unter dem Übertitel „D-Day“. Siebzig Einzelgewerkschaften, Konföderationen, Bürgerrechtsgruppen und Berufsverbände haben eine neun Punkte umfassende Petition verfasst, in der unter anderem das Verbot rückwirkender Gesetzgebung, eine faire Steuerpolitik, ein echter Dialog zwischen den Sozialpartnern, der Schutz älterer ArbeitnehmerInnen und die Sicherung der Renten gefordert werden.

Nach Gesprächen mit ungarischen GewerkschafterInnen wird nun auch der zuständige EU-Kommissar Laszlo Andor – noch von der alten, abgewählten sozial-liberalen Regierung als ungarischer EU-Kommissar eingesetzt – das neue „Arbeitsrecht“ hinsichtlich seiner Rechtmäßigkeit nach EU-Regelungen überprüfen.

Ungarn: kein Einzelfall in Europa

Ungarn ist hinsichtlich eines immer autoritärer werdenden europäischen Kapitalismus allerdings kein Einzelfall. Auch in der Slowakei ist seitens der konservativ-liberalen Regierung eine Novellierung des Arbeitsrechts geplant. Kernelemente unter anderem:

- Gewerkschaftliche Aktivitäten sollen auf Betriebe beschränkt werden, in denen mindestens dreißig Prozent der ArbeitnehmerInnen gewerkschaftlich organisiert sind
- Auch in der Slowakei soll die betriebliche Ebene gegenüber der kollektivvertraglichen, überbetrieblichen Ebene gestärkt werden
- Ausweitung der Arbeitszeiten sowie Erhöhung der Überstunden auf 400 Stunden im Jahr
- das Ende der paritätischen Finanzierung der Sozialversicherungsbeiträge – diese sollen vollkommen von den ArbeitnehmerInnen getragen werden.

Auch in Tschechien soll das Arbeitsrecht liberalisiert werden. Joachim Becker, Ökonom an der WU Wien, spricht in einem Beitrag in den WSI Mitteilungen 6/2011 von einer „... strategisch angelegten Radikalisierung neoliberaler Politikmuster“, unter „der Flagge der Krisenbekämpfung“. Es ist allerdings keineswegs ein Blick in den Osten der EU erforderlich, um eine „autoritäre“ Neustrukturierung des europäischen Kapitalismus analysieren zu können: Sowohl der Euro-Plus-Pakt, die Legislativvorschläge der EU-Kommission zu einer europäischen Wirtschaftsregierung („Six-Pack“), als auch die Auflagen für unter dem „Euro-Rettungsschirm“ stehende Schuldenländer weisen klar autoritäre, gegen die ArbeitnehmerInnen und ihre Interessensvertretungen gerichtete Züge auf.

Mag Ungarn auch ein Extremfall unter einer ganz spezifischen politischen Konstellation sein – autoritäre Entwicklungen sind in ganz Europa zu beobachten und werden von der EU-Kommission und dem EU-Rat be-

fördert. Gewerkschaften, Zivilgesellschaft, BürgerrechtlerInnen werden sich in ganz Europa auf entsprechende Abwehrkämpfe gegen einen immer autoritärer werdenden Kapitalismus vorbereiten müssen, um demokratische und soziale Grund- und Freiheitsrechte in Europa erfolgreich zu verteidigen. Auf politische Parteien und auf die Parlamente – auf die nationalen wie auf das europäische – ist nämlich kein Verlass.

Markus Koza

Linktipp: www.pesterlloyd.net, unabhängige, kritische (Internet-)Zeitung in Ungarn, deutschsprachig.

Aus:

**DIE
ALTERNATIVE**

Die Monatszeitschrift der Unabhängigen
GewerkschafterInnen
Abonnement: auge@ug-oegb.at,
www.ug-oegb.at

Vor 120 Jahren geboren: Alfred Schmidt

Geboren am 24. November 1891 in Wintersdorf / Thüringen, trat er der Ostern 1917 gegründeten USPD und 1918 der KPD bei, deren Vorsitzender er in Erfurt von 1924 bis 1928 war. Zugleich gehörte er dem dortigen Stadtrat an und stand der Fraktion seiner Partei vor. Wegen illegaler Arbeit für die KPD zu einer längeren Haftstrafe verurteilt, wurde Schmidt im Mai 1928 als Abgeordneter in den Preußischen Landtag gewählt. Als er im Dezember desselben Jahres im Zuge innerparteilicher Auseinandersetzungen zusammen mit weiteren Genossen aus der KPD ausgeschlossen wurde, trat er in die KPO ein.

Nach dem faschistischen KPO-Verbot leitete Schmidt, ihre illegale Arbeit im Unterbezirk Erfurt. Im Mai 1934 wurde er von der Gestapo verhaftet und bis Mai 1939 in den KZs Esterwegen und Sachsenhausen inhaftiert. Nach seiner Entlassung wiederum illegal tätig, entwarf er zusammen mit Otto Engert das Manifest der Widerstandsgruppe um Georg Schumann.

Nach der Befreiung vom Faschismus trat Schmidt der KPD bei, gehörte dann der SED an und wurde zum 1. Vorsitzenden der IG Nahrung / Genuss / Gaststätten in Thüringen gewählt. Doch bereits 1947 wurde er wegen „antisowjetischer Einstellung“ aus der SED ausgeschlossen und schließlich vom NKWD am 6. Juli 1948 verhaftet. Im Dezember 1948 verurteilte ihn ein sowjetisches Militärtribunal in Weimar wegen „antisowjetischer Propaganda“ zum Tode. Das Urteil wurde in 25 Jahre Arbeitslager umgewandelt und Schmidt zur Verbüßung in die Strafanstalt Bautzen eingeliefert. Nach acht Jahren Haft wurde er am 25. Juli 1956 entlassen. Da zwischenzeitlich seine Frau nach der BRD verzogen war, folgte er ihr nach Salzgitter, wo er bald Arbeit fand und sich der Gruppe Arbeiterpolitik anschloss.

1958 wurde in der BRD ein politisches Verfahren gegen Alfred Schmidt eröffnet, nachdem ihn ein Bautzener Mithäftling in einer Anzeige unterstellt hatte, insgeheim für die SED und Organe der Sowjetunion tätig zu

sein. Am 19. Januar 1959 stellte der vernehmende Generalbundesanwalt Alfred Schmidt ein, da Zeugenaussagen ehemaliger Mithäftlinge die Beschuldigungen widerlegt hatten.

Am 9. Oktober 1985 verstarb Alfred Schmidt, der seiner antistalinistischen Bekenntnis zum Sozialismus auch während der erlittenen 15 Jahre Freiheitsentzug treu geblieben war. Sein 120. Geburtstag sollte Anlass sein, Alfred Schmidt, dessen Leben tragische Entwicklungen der Arbeiterbewegung widerspiegelt, in Ehren zu gedenken.

Kurt Schneider

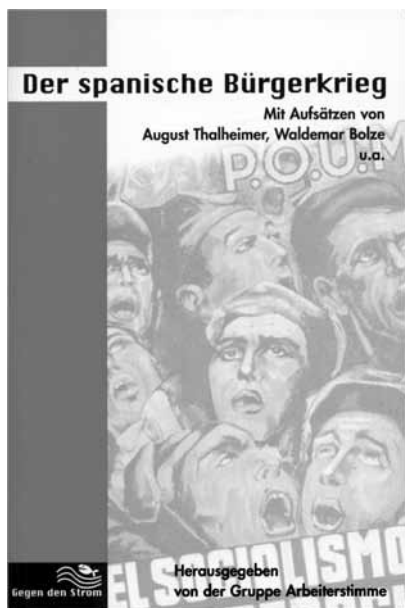
Abgefasst unter Verwendung von Daten in »Deutsche Kommunisten« und »Gegen den Strom«, hrsg. von Hermann Weber und Andreas Herbst bzw. Theodor Bergmann.

Nachdruck von: LEIPZIGS NEUE
linke Zweiwochenzeitung für Politik, Kultur und Geschichte.
redaktion@leipzigs-neue.de,
Tel.: 0341/2132345
Redaktion „Leipzigs Neue“
Braustrasse 15, 04107 Leipzig

Literaturliste

K. H. Tjaden: Struktur und Funktion der KPD-Opposition eine Untersuchung zur „Rechtsopposition“ im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, SOAK-Verlag	1983, 234 Seiten , 14,00 €
Die Bremer Linksradikalen	66 Seiten, 2,00 €
Register der „Arbeiterstimme“ 1971 - 1975, 1976 - 1981, 1981 - 1989	je 1,00 €
Isaac Abusch: Erinnerungen und Gedanken eines oppositionellen Kommunisten (Hrsg. Achim Kowalczyk)	Sonderpreis 192 Seiten, 5,00 €
Immer noch Kommunist? Erinnerungen von Paul Elflein	146 Seiten, 5,00 €
Theodor Bergmann: Gegen den Strom , Die Geschichte der KPD-Opposition (KPO) (Neuaufgabe)	624 Seiten, 20,00 €
Jens Becker: Heinrich Brandler – Eine politische Biographie	510 Seiten, 20,00 €
Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik: Einführung in den dialektischen Materialismus Vorträge an der Sun-Yat-Sen-Universität Moskau (August Thalheimer)	1927, 191 Seiten, 1993, 5,00 €
Zurück in die Eierschalen des Marxismus? Zum Existentialismus als bürgerliche Philosophie (August Thalheimer)	30 Seiten, 1,50 €
1923, eine verpaßte Revolution? Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923 (August Thalheimer)	1931, 32 Seiten, 1,50 €
Um was geht es? Zur Krise der KPD (August Thalheimer)	1929, 32 Seiten, 1,50 €
Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)	1931, 75 Seiten, 3,00 €
Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus? Eine kritische Untersuchung der Fragen: 1. Warum sind reformistische Methoden untauglich zum Kampf gegen den Faschismus? 2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik im Kampf gegen den Faschismus versagt, und wie muß sie geändert werden? (August Thalheimer)	1932, 34 Seiten, 1,50 €
Der Zusammenbruch der Weimarer Republik - und was weiter?	1932, 27 Seiten, 1,50 €
Volksfrontpolitik , ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens. Artikel aus dem „Internationalen Klassenkampf“ von 1935 - 1939. Eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik	1974, 95 Seiten, 2,50 €
Fluchtpunkte , Nürnberg und Bremen – Zwei Hochburgen der deutschen Arbeiterbewegung	316 Seiten, 20 €
Die Potsdamer Beschlüsse , Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer)	1945, 32 Seiten, 1,50 €
Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer)	1946, 27 Seiten, 1,50 €
Weißer Flecken , Über die Geschichte der Sowjetunion, u. a. Neue Ökonomische Politik, Industrialisierung, Kollektivierung, Opposition und Prozesse, Massensäuberungen, Belagerte Festung	1991, 72 Seiten, A4, 4,00 €
August Thalheimer and German Communism – Revolutionary History	320 Seiten, 15 €
Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion (August Thalheimer)	1952, 43 Seiten, 1,50 €
Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution (Heinrich Brandler)	1950, 140 Seiten, 5,00 €
Revolutionäre oder konterrevolutionäre Kritik an der Sowjetunion , Auseinandersetzung mit der Kritik Kravchenkos und Solschenizyns an der SU	1974, 68 Seiten, 3,00 €
Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie (August Thalheimer)	1928, 54 Seiten, 2,00 €
Der Weg der Gewerkschaften , Um eine richtige kommunistische Politik nach dem 2. Weltkrieg (Waldemar Bolze)	1948, 181 Seiten, 4,00 €
Ostblock - Westblock , Internationale monatliche Übersichten 1945 - 48 (August Thalheimer)	7,50 €
Der Faschismus in Deutschland , Analysen und Berichte der KPD-Opposition	1928- 1933, 295 Seiten, 8,00 €

Bestellungen an: Thomas Gradl, Postfach 91 03 07, D-90261 Nürnberg



240 Seiten, Paperback,
€ 12,-
 ISBN 3-00-010296-5
 Herausgegeben
 von der *Gruppe Arbeiterstimme*

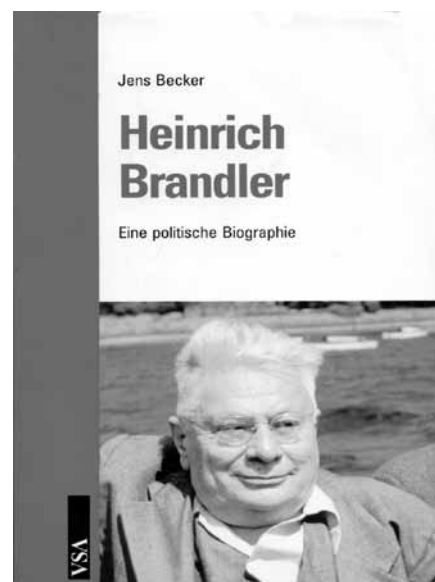
Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der *Arbeiterstimme* in den Ausgaben September 1986 bis Oktober 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin“ werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

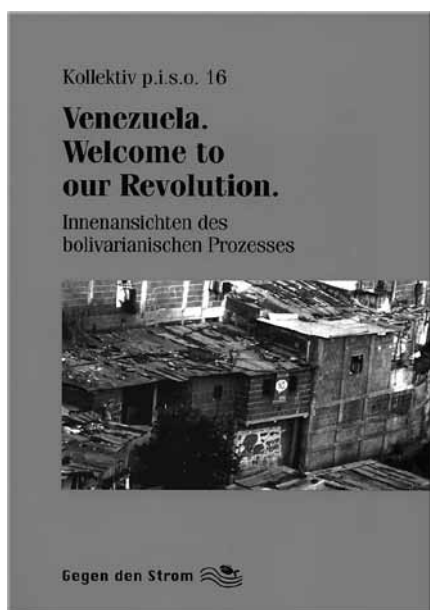
Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.



510 Seiten, Paperback,
€ 20,-
 ISBN 3-87975-767-4

Venezuela – Welcome to our Revolution

Innenansichten des
 bolivarianischen Prozesses



168 Seiten, Paperback,
€ 10,-
 ISBN 3-9809970-1-4
 Herausgeber: Kollektiv p.i.s.o. 16

Bereits der Versuch, die sogenannte „bolivarianische Revolution“ in Kategorien zu fassen, die kompatibel zu linken Diskursen in Deutschland sind, ist schwierig: Befindet sich Venezuela bereits in einem revolutionären Transformationsprozess? Oder lässt sich die politische Realität besser als vorrevolutionäre Situation beschreiben, in der sich die gesellschaftlichen Widersprüche stetig verschärfen und in naher Zukunft zu einer weitergehenden Umwälzung führen werden? Oder sind beide Prozesse, der der Transformation wie der der Zuspitzung gleichzeitig vorzufinden, je nach gesellschaftlichem Bereich? Und welche Bereiche sind diesen Prozessen unterworfen – und welche (bislang) nicht?

Den Schwerpunkt des Buches bilden 18 Interviews, die im September 2004 in Venezuela geführt wurden.

Bestelladresse:
Gegen den Strom
Schwanthalerstraße 139
80339 München

oder:
T. Gradl
Postfach 910307
90261 Nürnberg
redaktion@arbeiterstimme.org



624 Seiten, Paperback,
€ 20,-
 ISBN 3-87975-836-0

Bestelladresse:
T. Gradl
Postfach 910307
90261 Nürnberg
redaktion@arbeiterstimme.org